

# Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiter und Unter-Angestellten in Gemeinde- und Staatsbetrieben

XXXII. Jahrgang

Berlin, 30. November 1928

Nummer 48

## Inhaltsverzeichnis

Der Kampf um die Macht an Rhein und Ruhr . . . . .	G.
Zerbrochene Ideale? . . . . .	Dr. E. Nötting
Die proletarische Weltanschauung I. . . . .	R. Schröder
Der ewige Garten . . . . .	R. Offenburg
Der Briefkasten . . . . .	S. Hölzl
Grundsätzliches vom Genossenschaftswesen VI. . . . .	W. Lukas
Zur Geschichte der Leipziger Straßenreinigung . . . . .	A. Kapp
Für die Frauen * Landstraßenwärtler * Aus unserer Bewegung * Rundschau	



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 36, Schlessische Straße 42 / Telephon: Marktplatz 3105/06, 119 44

**Billige böhmische Bettfedern!**  
 Nur reine gefüllte Sorten  
 Ein kg. graue, geschl. M. 3.—, halbw. M. 4.—, weiße M. 5.—, beste M. 6.—, 7.—, d. d. weiche M. 8.—, 10.—, beste Sorte M. 12.—, 14.—, weiße ungeschl. M. 7.50, 9.50, beste Sorte M. 11.— Versand portofrei, zollfrei gegen Nachn.  
 Musterfrei, Umtausch u. Rücknahme gestattet.  
 Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 260, b. Pilsen, Böhmen.



**Arbeiter-Wohlfahrt**  
**Wohlfahrt**  
**50%**  
 Doppellose 1. RM.  
 Porto und Liste 50 Pfg. extra

32 500 Gewinne u. 2 Prämien  
 u. Gesamtwerte von RM.  
**500 000**  
 Höchstgewinn auf ein Doppel-  
 los im Werte von RM.  
**70 000**  
 Höchstgewinn auf ein Einzel-  
 los im Werte von RM.  
**35 000**  
 2 Hauptgewinne im Werte  
 von je RM.  
**25 000**  
 2 Hauptgewinne im Werte  
 von je RM.  
**15 000**  
 U. S. W. U. S. W.

**Glücksbriefe**  
 mit 10 Losen 5 RM.  
 mit 20 Losen 10 RM.

Alle Gewinne werden mit  
 Wunschk. 90 Prozent ausgezahlt.  
 Lose sind erhältlich bei allen  
 Bezirks- u. Ortsausschüssen für  
 Arbeiterwohlfahrt, bei den be-  
 freundeten Arbeiterorganisa-  
 tionen und in sämtlichen durch  
 Plakate kenntlich gemachten  
 Geschäften.

**Musik-Instrumente**  
 für Orchester, Schule u. Haus  
 Großer Katalog umsonst.  
 Teilzahlung gestattet.  
 Max Dörfel, Klingenthal i. Sa., Nr. 16.

**Open Puren-ENAMELINE**  
 benutz!

Unsere jährliche Broschüre  
 über alle gerichte zum Waschen, Blei-  
 chen etc. ist auf Wunsch kostenlos.  
**ENAMELINE-WERKE HÖCHST A. M.**  
 Abb. 3

**Kein Laden! Kein Laden!**

Nr. 201  
 Tüchtig, Sie sofort nach  
 Prospekt!

Echt Eiche gebeizt.  
 44 cm breit, 44 cm  
 tief, 32 cm hoch.  
 Preis 78.— M.  
 Wochenrate 10.2.—  
 Monatsrate 3.2.—  
 Schrankapparate  
 M. 125.—, 175.—, 195.—  
 Wochenrate v. 3.— an  
 Monatsrate v. 12.— an  
 Schallplatten  
 Doppelseitig  
 in großer Auswahl  
 Wochenrate 25 Pf.  
 Besichtigung ohne  
 Kaufzwang  
**G. Händel & Co.**  
 BERLIN C 14  
 Rosenthaler Str. 13  
 links Aufg. II. rechts  
 Fernsprecher:  
 Norden 3358 u. 4558

**Kein Laden!**

34 Stück gute  
 Toilette-Seife  
 nur **1.58**  
 Handlicher-Stück 28 Pf.  
 Damen-Händen Stück 89 Pf.  
 and Proto-Katalog gratis  
**M. G. R. B. M. N.**  
 München 50 (174)

Wirklich  
 gutes **Pflaumenmus**  
 gar. rein, in Zuck. ein-  
 gek. Ztr. 31, 1/2 Ztr. 16.  
 Einm. 25 Pfd. 8.—, 10 Pfd.  
 1.50 Vierfrucht-Mar-  
 melade Eimer 25 Pfd.  
 10.50, 10 Pfd. 4.50 ein-  
 schli. Gefäß. Nachn. ab  
 Magdebg. Preisl. grat.  
 Schmick & Richter, Magdeburg 43

Unsere Spezialität:  
**Alpaca-Silber-  
 Bestecke**  
 Garantie für beste Qualität — liefern wir  
 direkt an Private, 6 Monate Ziel — 8 Tage  
 zur Ansicht. Fordern Sie unsere Preisliste.  
**E. u. H. Kramer, Mettmann, Rhld. 5**

**Christbaumschmuck**  
 Effektvolle konkurrenzlose  
 Neuheit für 1928!  
 Herri. unzerbrechli. Schmuck aus gesp. Glas.  
 Sort-Karton i. in wunderv. Aufmachung, für  
 großer Baum ausreichend. Inhalt: Lametta,  
 Peenhaar, 28 Figuren einschl. Spitze nur  
 RM. 2.80, Sort II für mittl. Baum RM. 1.60.  
 Kein Risiko, unbegrenzt haltbar — Versand  
 bei Vorausz. franko, sonst Nachn. zuz. Porto.  
 Versandhaus „IDEAL“, Grimma 3, Sachs.

Reellste Bezugsquelle:  
**Neue Gänsefedern**  
 wie von der Gans gerupft mit voll. Daunen  
 dopp. gereinigt Pfd. 2.50, dies. beste Qualität  
 1.50, nur kl. Federn (Halbdaunen) 5.00, 7/8  
 Daunen 6.75, gerein. gerissene Federn mit  
 Daunen 4.00 und 3.00, hochprima 5.75, aller-  
 feinste 7.50, la. Volldaunen 9.00 u. 10.50. Für  
 reelle staubfr. Ware Garantie. Versand geg.  
 Nachn. ab 5 Pfd. portofr. Nichtgefallt nehme  
 auf meine Kosten zurück. Willy Manteuffel,  
 Gänsem. Gegr. 1852, Neutrebbitz 3b (Oderbr.)

**HONIG**  
 feinst. Qualität garant.  
 rein. Bienen-, Blüten-,  
 (Schneider-) goldklar,  
 unter Kontrolle eines  
 vereid. Lebensmittel-  
 Chemik. 10 Pfd.-Dose  
 Mk. 8.90 halbe Dose  
 Mk. 4.40, Porto extra.  
 Probepäckch. 1/10 Pfd.  
 netto Mk. 1.40 u. 40 Pf.  
 Porto bei Vorausz.  
 Lehrer a. D. FISCHER  
 Honigversand  
 Oberneuland Nr. 334  
 Bezirk Bremen

**Foto**  
 Apparate  
 sehr leichte  
 Zahlungsweise  
 Preisliste kostenfrei  
**Dresdneria**  
 Kamera-Vertrieb  
 Dresden, A. M. 7  
 Preisliste für Fotografen

Erstklassige  
 Musikinstrumente  
 aller Art. Teilzahlung  
 gestattet — Katalog  
 umsonst — Welches  
 Instrument wird ge-  
 wünscht?  
**Aug. Clemens Gier**  
 Marktstr. 111 Nr. 3

**Kinder-Fahrräder**  
 konkurrenzlos  
 in Zahlungs-  
 bedingungen  
 und Preis!  
 Alle Qualit.  
 Viele 1000 zutried.  
 Kunden. Katalog grat.  
 Vertreter gesucht.  
**Hans W. Müller, Eisenfeld 101**  
 Gesenbergstraße 10

**Anzüge**  
 Sport, Straße u. Abend, Herren-Loden, Gummi-, Herbst-  
 u. Wintermäntel, Windjacken, Damen-Mäntel u. Schuhe u. Stiefel  
 liefern **5 Tage zur Probe** m. bedingungs-  
 los. Rücksendung **2.—**  
 recht bei Nichtgefallen um Güte und Preis-  
 würdigkeit prüfen zu lassen, b. angem. Anzahlung  
 gegen bequ. Wochenzahlungen von nur G. M.  
 Illustrierter Prospekt mit Preisliste gratis und frei.  
**Walter H. Gartz, Berlin S 42, Postf. 44 B**

**Impfen Sie  
 billig  
 Ihre  
 Bedürfnisse**  
 anfordern wir die  
 Original-Preislisfe  
**Doppel 107**

1927er Nierstein - Lit. A u. M  
 1928er Nierstein Dornal - Lit.  
 1,75 M ab 30 Lit. aufwärts. Fast  
 teilweise. Preisliste mit Wunsch-  
 Katalog! A. B. B. B. B. B. B.  
 Nierstein am Rhein.

**Eisen-Betten, Kinder-  
 Stahlmatten, günstig an Private. Katalog  
 147 frei. Eisenmöbelabrik Suhl (Thür.)**

**Das Gärtnerer-Fachblatt**  
 ist die illustrierte Fachzeitschrift für jeden fortgeschrittenen  
 Gärtner. Erscheint vierzehntägig. Bezugspreis  
 2.50 RM vierteljährlich, für Verbandsmitglieder Vor-  
 zugspreis 2.— RM. Bestellungen nehmen alle Orts-  
 verwaltungen an. Kostenfreie Probeexemplare unter  
 Bezugnahme auf die „Gewerkschaft“ durch die  
 Verlagsgesellschaft „Gärtnerer-Fachblatt“ m. B. H.  
 Berlin C 2, An der Stralauer Brücke C

**5000 MUSIKINSTRUMENTE**  
**Teilzahlung**

billigste  
 bestmögliche durch uns  
 Verlangen Sie sofort  
 Gratiskataloge  
**SCHULZ & GÜNDLACH, BERLIN C 25, Münzstr. 17.**

**Zentral-Kranken-Unterstützungsverein  
 der Schmiede und anderer Berufe Deutschlands**  
 Gegründet 1892 Motto: Schütze Dich und Deine Familie vor Not im Falle einer Erkrankung.  
 Der Verein gewährt seinen erkrankten Mitgliedern eine Geldunterstützung nach Maßgabe  
 seiner Statuten, im Höchstbetrage bis zu 18 Mark pro Woche. — Beiträge pro Woche: 50 bis 60 Pf.  
 Unterstützungsdauer bis zu 52 Wochen. — Ohne Erbeitrtrag ein Sterbegeld bis zu 216 Mark für  
 die Hinterbliebenen. — Der Verein wird von den Kollegen selber verwaltet und unterhält in allen  
 größeren Städten Deutschlands Zahlstellen. Mitglied kann jeder werden, der gesund ist und  
 Statuten anerkennt. — Um Auskunft wende man sich an die örtlichen Verwaltungen oder an die  
**Hauptverwaltung des Vereins u. BERLIN N 20, Prinzen-Allee 46a**

# Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiter und Unter-Angestellten in Gemeinde- und Staatsbetrieben  
**Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter**

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 36  
 Schleißische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe  
 sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag  
 Bezugspreis:  
 monatlich durch die Post 50 Pf.

## Der Kampf um die Macht an Rhein und Ruhr

Seit der Ruhrbesetzung hat keine Bewegung das öffentliche Interesse derart in Anspruch genommen, als die Aussperrung von 213 000 Metallarbeitern, welche mit ihren Familienangehörigen rund 1 Million Menschen ausmachen und somit auf die öffentliche Fürsorge angewiesen sind. Durch die Stilllegung der Hüttenindustrie werden täglich weitere Tausende von fleißigen Arbeiterhänden zum Feiern gezwungen. Handel und Gewerbe kommen zum Erliegen und es ist nicht abzusehen, welche Auswirkung diese Absperrung noch haben wird. Alles um 2 Pf. Lohnerhöhung für Akkordarbeiter und 6 Pf. für die im Stundenlohn Beschäftigten. Von den 213 000 Ausgesperrten arbeiten nach einer statistischen Feststellung des staatlichen Schlichters 80 Proz. im Akkord. Kein Mensch mit fünf gesunden Sinnen wird deshalb glauben, daß die Aussperrung wegen der 2 Pf. erfolgt sei, zumal die Stundenlöhne in der Schwerindustrie zu den niedrigsten in ganz Deutschland gehören. Es müssen also andere Gründe sein, welche die Eisengewaltigen zu diesem Schritt veranlaßt haben.

Der Kampf der Schwerindustrie richtet sich in erster Linie gegen die Autorität des staatlichen Schlichtungswesens, um damit der Regierung, welche jeweils aus dem gleichen und geheimen Wahlrecht hervorgegangen ist, ihren Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu nehmen. Man will den Staat aus Wirtschaftsleben und Wirtschaftsführung ausschalten, nicht auf legalem Wege, sondern durch einen wirtschaftlichen Putsch, denn anders kann das Dorgehen der Eisenbarone nicht bezeichnet werden. Am Anfang des Kampfes steht der Bruch des geltenden und bisher anerkannten Rechtes. Ist die Wirtschaft und die Wirtschaftsführung der Einflußnahme des Staates entzogen, dann kann zum Schlage gegen das politische System überhaupt ausgeholt werden. Damit richtet sich der Kampf im Westen gegen den Staat selbst.

„Und der König absolut, wenn er unsern Willen tut“, war von jeher das Leitmotiv der Kohlen- und Eisenbarone. Sie waren es gewohnt, daß auf ihren Pfiff Staatsminister in der Versenkung verschwinden mußten. Als im Jahre 1889 anlässlich des großen Bergarbeiterstreiks Wilhelm II. eine Bergarbeiterdeputation empfing, um sich über ihre Wünsche zu informieren, ohne die Scharfmacher vorher zu fragen, machte der Beauftragte der Grubenbarone im Reichstag (März 1890) folgende Ausführungen:

„Meine Herren, nachdem ich Ihnen diese Darstellung gemacht, erlaube ich mir zu fragen, wer denn für diese hochbetagtenwerte Tatsache die Verantwortlichkeit trägt? Ich setze nämlich voraus, meine Herren, daß Seine Majestät der Kaiser und König als konstitutioneller Monarch bei einem so wichtigen Akte, wie es unter den vorliegenden Verhältnissen der Empfang der Vertreter der kontraktbrüchigen Bergarbeiter aus Westfalen war, sich bei seinen verantwortlichen Ministern die nötige Information geholt haben wird, ehe er dieselben vor Sein Antlitz treten ließ. Ich

frage, meine Herren, wer von den verantwortlichen Ministern Seiner Majestät trägt die Verantwortung für diesen Akt?“

Wilhelm der Letzte hat sich in seiner späteren Entwicklung den Scharfmachern an der Ruhr gefügig gezeigt. In Bielefeld versprach er 1907 jeden, welcher seinen Nebenmenschen an freiwilliger Arbeit hinderte oder zu einem Streik anreizte, ins Zuchthaus zu sperren. Wie die Kapitalistenklasse über das Eingreifen des Staates in wirtschaftliche Konflikte von jeher gedacht hat, das hat mit aller Offenheit der ehemalige Führer der Arbeitgeberverbände, Herr Bueck, am 9. September 1910 vor den Delegierten des Zentralverbandes in Berlin zum Ausdruck gebracht. Nach dem Bericht des „Berliner Tageblatt“ sagte er u. a.:

„Ich habe früher die Ansicht vertreten, daß auch selbst die stärksten Gewerkschaften der vereinigten Arbeiterschaft gegenüber nicht bestehen können. Diese Ansicht habe ich heute nicht mehr. Namentlich haben drei

### Rückblick und Ausblick



Ueber den Berg sind wir!



Ueber den Berg müssen wir noch!

Kämpfe des letzten Jahres so deprimierend auf mich gewirkt. Der erste war die Aussperrung im Baugewerbe. Diese Aussperrung war überhaupt sehr gewagt, sie wurde nur in Sachsen und Süddeutschland mit einiger Schärfe angesetzt. Sie war mangelhaft vorbereitet, Gelder waren nicht vorhanden. Es handelte sich immerhin um 180 000 Arbeiter, die ausgesperrt waren, und das wirkte natürlich auf das Wirtschaftsleben ungünstig. Daher hat das Reichsamt des Innern erfolgreich vermittelt. Es kam ein Ausgleich zustande, der aber mit einer Niederlage der Arbeitgeber gleichbedeutend ist. Ich habe den Rat der Herren vom Reichsamt bewundert, die die Garantie übernommen haben, daß die Arbeitgeber in drei Jahren imstande wären, die Löhne zu erhöhen. Das Eingreifen der Reichsregierung in die Kämpfe der Arbeitgeber ist verfehlt. Bei derartigen Kompromissen zieht der Arbeitgeber immer den kürzeren. Die Behörde sollte sich in solche Streitigkeiten nicht einmischen, und die Arbeitgeber würden gut tun, sich auf solche Vermittlungen nicht einzulassen. Radner bespricht dann die Aussperrung im Schiffsgewerbe in Hamburg. Die Verhandlungen mit dem Metallarbeiterverband führten zu einer vollständigen Niederlage der Werkten. Ähnlich habe auch die Aussperrung der Straßenbahnangestellten in Bremen geendet. Welches sind nun die Lehren, die daraus zu ziehen sind? Einmal die, daß die bis ins kleinste und mustergemäßig geregelte Organisation der Arbeiter sich zu einer fürchtbaren Macht entwickelt hat. Mit kleinen Aussperrungen werden sie dank ihrer mächtigen Organisation fertig. Aber immerhin würde bei einer Aussperrung von 460 000 Metallarbeitern der Sieg auf unserer Seite gewesen sein! Es handelt sich da um 2 Millionen Mäuler, die täglich gefügigt werden müßten. Da würden die 50 Millionen der Gewerkschaften bald draufgegangen sein. Der Sieg wäre den Arbeitgebern sicher gewesen. Aber der großen Mehrzahl der Industriellen fehlt noch die Einsicht in die Lage und die Opferwilligkeit. Die jetzige Lage stellt den Arbeitgeber vor die Notwendigkeit, sich trotz aller aus erbärmlichen kleinen Notizen herbeigeführten Epaltungen der Industrie selbst zusammenzuschließen, um mit unerschütterlichem Willen die Gewerkschaften zu vernichten und niederzuschlagen.“

Diese Einstellung hinderte die Unternehmer aber nicht, vom Staat Gesetze zu verlangen, welche den Arbeitern und Angestellten

das Koalitionsrecht unmöglich machen sollten. In der Auswahl ihrer Kampfmittel sind die Scharfmacher an der Ruhr nie zimperlich gewesen. Herr Kommerzienrat Reusch, der Leiter der „Gute-Hoffnung-Hütte“ in Sterkrade, welcher sich für die Aussperrung der 213 000 mit seiner ganzen Person eingesetzt hat, entließ im Oktober 1911 alle Techniker, die sich weigerten, aus der Organisation auszutreten. Die „Deutsche Techniker-Zeitung“ schrieb dazu:

„... Wir erkennen die Seelenqualen gar manches Kollegen, der noch zu schwach war, angesichts seiner Familie dem Wert gegenüber den Kopf hochzuhalten!

Die Herren der Gute-Hoffnung-Hütte haben die Angestellten — befeigt — nein, die Angestellten sind vergewaltigt worden. . . . Wo bleibt hier das Recht? Wer schützt diese Abhängigen vor den überspannten Macht-begriffen des Großkapitals? Kollegen, merkt's doch endlich, euch schützt das Gesetz nicht. Das Gesetz bestraft euch, wenn ihr so handeln würdet wie die „Gute-Hoffnung-Hütte“, es schützt aber die selbsherrlichen Industriegewaltigen! Prägt euch doch die Ungerechtigkeiten der §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung ein und begreift, daß euch nur die Macht zum Recht verhelfen wird, die wir uns in unserer Organisation schaffen.“

Jede Eingabe von einer gewerkschaftlichen Organisation wurde von der Schwerindustrie unbeantwortet gelassen. Ja, sogar während des Weltkrieges lehnten die Kohlen- und Eisenbarone die Gewerkschaften als die berufenen Interessenvertretung der Arbeitnehmer ab. Als sich dieshalb die Bezirksleitungen an das Generalkommando in Münster wandten, versprach der kommandierende General seinen Einfluß zur Geltung zu bringen. Aber auch Herr von Gayl mußte sehr bald erfahren, daß seine Macht an den Kontortüren der Eisenkönige abprallte. Erst im Oktober 1918, als der militärische Zusammenbruch außer Zweifel stand, hat der verstorbene Hugo Stinnes die Führer der Berg- und Metallarbeiter zu sich in sein Privatkontor nach Mühlheim-Ruhr. Der verstorbene Genosse Hue und der Genosse Reichel vom Metallarbeiterverband nahmen die Erklärung von Stinnes entgegen, daß die Industrie des Westens für die Zukunft bereit sei, mit den gewerkschaftlichen Organisationen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter tariflich zu regeln. Die Auswirkung dieser Unterredung war die viel umrittene Arbeitsgemeinschaft. Aber genau wie bei Ludendorff die Erkenntnis zu spät kam, ist sie auch bei den Kohlen- und Eisenbaronen zu spät gekommen. Der angesammelte Groll entlud sich vulkanartig. Wer diese Zeit miterlebt hat, wird nie die Feigheit der sogenannten Wirtschaftsführer vergessen, die keine anderen Sorgen hatten, als ihre eigene Person in Sicherheit zu bringen. Damals waren es die Arbeiterführer, welche die großen Arbeitermassen zur Vernunft mahnen mußten, damit das Wirtschaftsleben in Gang blieb. Leider hat die Arbeiterchaft im Westen diese geschichtliche Stunde falsch bewertet. Anstatt sich geschlossen gegen die Unterdrücker zu vereinigen, zerplitterten sie ihre Kräfte in sinn- und zwecklosen Bruderkämpfen. Diese gegenseitige Befehdung haben die Kapitalgewaltigen ausgenutzt, um ihre Organisation auszubauen. Sie haben Kampffonds angesammelt und glauben nun stark genug zu sein, die Arbeiterklasse niederzuringen. Auf einer Tagung der nordrheinischen Gruppe in Düsseldorf im Jahre 1925 prägte der Oberscharfmacher Reusch von der „Gute-Hoffnung-Hütte“ gegenüber der Arbeiterchaft den Satz: „Wir müssen uns wieder durchhungern, denn wir sind ein geschlagenes Volk“. Ein Jahr später betonte derselbe Herr Kommerzienrat gegenüber der Steuerpolitik der Regierung für ihre eigenen Persönlichkeiten, daß in Deutschland vorläufig „das Geldverdienende noch nicht verboten sei“. Der Arbeiterchaft, die während des Krieges die Blutopfer gebracht hat, will man auch die Lasten des verlorenen Krieges aufbürden. Deshalb der Sturm gegen die soziale Gesetzgebung.

Deutschlands einzige Chance von heute ist seine wirtschaftliche Unentbehrlichkeit für die gesamte übrige Welt. Ein anderes Mittel unserer Geltendmachung gegenüber den anderen Staaten haben wir nicht. Daraus ergibt sich von selbst, daß die Arbeiterchaft auch im Dienst des politischen Wiederaufstiegs stehen muß. Dieses kostbare nationale Gut kann infolgedessen nicht der Willkür irgendeiner privaten Seite ausgeliefert werden, sondern der Staat muß die Führung behalten.

So kennzeichnet sich das von langer Hand vorbereitete kämpferische Vorgehen der Eisenindustriellen nicht nur als Mißachtung der staatlichen Autorität, nicht nur als eine Verletzung des staatlichen Schlichtungswesens, sondern darüber hinaus als eine schwere Verfehlung an den nationalen Interessen des gesamten deutschen Volkes. Aus diesem Grunde stehen die Sympathien der gesamten Öffentlichkeit auf Seiten der ausgesperrten Arbeiter und sie werden diese Sympathien behalten, wenn dieser heroische Kampf in der bisherigen Besonnenheit bis zum siegreichen Ende

weitergeführt wird. Ein Gutes wird dieser kapitalistische Dutsch im Gefolge haben: die zwei Drittel nichtorganisierten Arbeitskameraden werden zum Nachdenken gezwungen und sich in die Reihen der Organisierten eingliedern müssen. Wäre das Verhältnis umgekehrt, so dürften die Eigengewaltigen diesen verhängnisvollen Schritt kaum gewagt haben. Mögen deshalb alle diejenigen Arbeitskameraden, welche heute noch außerhalb der Organisation stehen, die nachfolgenden treffenden Verse von unserem Verbandskollegen Müller in Bedburg-Hau beherzigen:

Wir kämpfen schon lange und kämpfen  
Doch ist der Erfolg zu klein. [schwer,  
Das macht, dein Pflaß, Kamerad, blieb  
Eine Lücke schwächt unsere Reih'n. [leer,  
Wir hofften, es folgte der letzte Mann,  
Wir haben uns leider geirrt. [an:  
Auch du bist mit schuld, wir klagen dich  
Denn du bist unorganisiert!

Du hast nicht geät, doch zu ernten mit  
dem Verbannde hast du gedacht,  
Wenn wir andern mühsam Schritt für  
Erfolge heimgbracht. [Schritt

Wir kämpfen für dich und du schonest zu,  
Hast keinen Finger gerührt.  
Ist der Sieg nur ein halber, die Schuld  
Denn du bist unorganisiert. [trägst du,  
Wir rufen dich, Kamerad! Sage nicht  
Und schieb es nicht wieder hinaus. [nein,  
Bejorge dir einen Beitrittschein  
Und fülle ihn heute noch aus.  
Deine Hand, Kamerad, den Kollegen  
Und was du bisher geirrt, [gerecht,  
Wenn wir andern mühsam Schritt für  
Wenn der letzte erst organisiert! [steht,

Diesen interessanten Darlegungen des Kollegen Gerbracht sei noch ein Bericht über die Ereignisse der letzten Woche im Kampfgebiet angefügt. Die preussischen Behörden haben nach dem Beschluß des Reichstags die Unterstützungsfrage schnell geregelt. Unter dem Voritz des Wohlfahrtsministers Hirtzfelder tagte am 19. November in Essen eine Konferenz aller in Frage kommenden Reichs-, Landes- und Gemeindebehörden. Sie beschloß Richtlinien, nach denen ab 19. November die von der Aussperrung betroffenen Arbeitnehmer folgende Unterstützung für die Woche erhalten:

Alleinstehende Personen ohne eigenen Haushalt 8 M., alleinstehende Personen mit eigenem Haushalt 12 M., Ehepaare 16 M., alle im Haushalt des Hauptunterstützungsempfängers zu versorgenden Personen je 3,50 M. — Die Rückzahlung der Unterstützung darf nicht verlangt werden. Grundsätzlich ist jeder von der Aussperrung betroffene Arbeitnehmer und seine Familie als hilflosbedürftig anzusehen. Erfolge der Leistungen, die aus Anlaß der Aussperrung von den Fürsorgeverbänden bis jetzt gewährt worden sind und gewährt werden, darf weder von dem Unterstützten noch von dessen Unterhalt verpflichteten Dritten gefordert werden. — Die Bedürftigkeit ist bis zum vollen Betrage der oben angeführten wöchentlichen Unterstützungssätze anzuerkennen.

Die Unterstützungen können auch in Sachleistungen erfolgen. Bereits geleistete Unterstützungen der öffentlichen Fürsorge sind, soweit sie für die Zeit über den 18. November hinaus berechnet waren, anzuerkennen. Die Unterstützungen sind vorbehaltlich anderweitiger Bestimmung bis zur ersten Lohnzahlung zu leisten. — Den Bezirksfürsorgeverbänden werden von den Leistungen, die sich im Rahmen der Unterstützungssätze halten, 85 Proz. erstattet. An den ihnen zur Last fallenden 15 Proz. dürfen die Landkreise, die freisangehörigen Gemeinden oder engeren Gemeindeverbände sich beteiligen.

Die noch am 19. November gehegte Hoffnung, daß die durch den Regierungspräsidenten Bergemann eingeleiteten Verhandlungen bald ein Ende des Kampfes bringen würden, haben sich nicht erfüllt. Die von dem Generaldirektor Reusch geführte Unternehmergruppe zeigte sich unnachgiebig. So wurden die Verhandlungen abgebrochen und bis nach Ablauf der Berufungsverhandlung vor dem Landesarbeitsgericht in Duisburg auf den 26. November vertagt. Für das Scheitern des Einigungsversuchs wollte nachträglich das schlechte Unternehmergewissen die Gewerkschaften und die nun aus Reichsmitteln den Ausgesperrten gewährte Unterstützung verantwortlich machen. Eine lange Erklärung der Aussperrer schließt:

„... daß die plötzliche Verzögerung der Wiederaufnahme der Arbeit, die am Sonnabend nach Auffassung beider Parteien in naher Aussicht stand, lediglich darauf beruht, daß die Gewerkschaften ein gemeinsames Ergebnis der Verhandlungen einfach beiseite geschoben haben. Ob tatsächliche Gesichtspunkte oder sonstige Einwirkungen den unerklärlichen Umkehrung in der Haltung der Gewerkschaften herbeiführten, mag dahingestellt bleiben.“

Daran wird noch folgender Satz geknüpft:

„Wie wollen unter solchen Umständen die Gewerkschaften eine weitere Fortführung des Kampfes mit all seinen schweren wirtschaftlichen Folgen verantworten?“

Dabei enthält die gleiche Erklärung noch folgendes niedliche Eingeständnis:

„Wie auch immer die Entscheidung des Landesarbeitsgerichts und des Reichsarbeitsgerichts ausfallen mag, die Arbeitgeber vertreten nach wie vor die Auffassung, daß es sich in dem schwebenden Lohnkonflikt lediglich um die Lösung rein wirtschaftlicher Fragen handelt.“

Die Scharfmacher gestehen also selber zu, daß es ihnen gar nicht auf das Recht ankommt, das angeblich durch den Schiedspruch und seine Verbindlichkeitserklärung verletzt worden sei, sondern auf die Erriingung ihres früheren unumschränkten Machtstandpunktes. Die am Kampf beteiligten Gewerkschaften haben daher auch den Schlotbaronen die Maske vom heuchlerischen Gesicht gerissen durch eine Gegenerklärung, in der es u. a. heißt:

„Es ist in diesem Zusammenhang nicht entscheidend, daß ein Ergänzungsvorschlag zur Lohnfrage von den Gewerkschaftsvertretern selbst ausging, die in dem äußerst schwierigem Konflikt naturgemäß versuchen mußten, die geplanten beiden Lohnabkommen materiell dem Schiedspruch anzugleichen. Das ist nicht gelungen. Die von den Arbeitgebern zugestandenen Lohnerhöhungen bleiben ziffernmäßig und auch hinsichtlich der Einstufung der Arbeiter weit hinter dem verbindlich erklärten Schiedspruch zurück. Sie erwiefen sich bei der vorbehaltenden Nachprüfung als vollkommen ungenügend, ja sie blieben sogar noch unter dem Angebot der Arbeitgeber vom 25. Oktober, dem Zeitpunkt vor Fällung des Schiedspruches. Infolge des Druckes der weiterverarbeitenden Industrie außerhalb des Ruhrgebiets und der öffentlichen Meinung drängten die Unternehmer zu einem baldigen Abschluß. Sie, die den Wirtschaftsfrieden gestört hatten und sich nicht einmal bereit fanden, über einen auf die Wiedereröffnung der Betriebe unter den bisherigen Löhnen bis zur Austragung des Rechtsstreits abzielenden Vorschlag auch nur zu verhandeln, wozu jetzt der Öffentlichkeit glaubhaft machen, daß die Gewerkschaften schuld seien, wenn es nicht zum Friedensschluß gekommen ist. Sie werden damit keinen Glauben finden, denn sie brauchen so nicht auszusperren. — Noch am Montag, dem 19. November, machten der Regierungspräsident und die Gewerkschaften weitgehende Vorschläge zur Beilegung des Konflikts. Der Vorschlag des Regierungspräsidenten lautet:

„Unter Aufrechterhaltung ihrer abweichenden Rechtsanschauung vereinbaren die unterzeichneten Verbände, um weitere Erschütterungen des Wirtschaftslebens zu vermeiden, zum Zwecke der Wiederaufnahme der Arbeit und der vorübergehenden Lohnregelung das Folgende:

I. Die Aussperrung wird binnen . . . Stunden zurückgenommen. Das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen. Maßregelungen finden nicht statt. Es wird anerkannt, daß die Betriebsvertretungen noch im Amt sind.

II. a) Die Parteien sind darüber einig, daß der auf dem Schiedspruch vom 26. Oktober 1928 und der Verbindlichkeitserklärung vom 31. Oktober 1928 beruhende Tarifvertrag durchzuführen ist; sofern durch rechtskräftiges Urteil die Gültigkeit des Tarifvertrages anerkannt wird. b) Bis zu diesem Zeitpunkt treten die zum 31. Oktober gefälligten Lohnsätze und festen Zulagen wieder in Kraft. c) Lehnt das Reichsarbeitsgericht die Gültigkeit des Tarifvertrages ab, so finden umgehend neue Verhandlungen zwecks Festsetzung der Löhne und Zulagen statt. Bis zum Inkrafttreten neuer Lohnverhandlungen bleibt provisorisch die zu b bezeichnete Lohnregelung in Kraft. d) Geht der Rechtsstreit zugunsten der Gewerkschaften aus, so sind vom Tage der Urteilsverkündung die Löhne nach Maßgabe des verbindlich erklärten Schiedspruches zu zahlen.“

Der Ergänzungsvorschlag der Gewerkschaften, der im späteren Stadium der Verhandlungen unterbreitet wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Die Gewerkschaften sind bereit, sofern das Reichsarbeitsgericht den Schiedspruch als zu Recht bestehend anerkennt, den Ablauftermin des Schiedspruches nicht zum April 1930, sondern bereits zum 31. März 1929 festzusetzen. Bis zu diesem Zeitpunkt ist es möglich, in den Betrieben Feststellungen darüber zu machen, welche Belastungen durch den Schiedsbruch eingetreten sind.“

Diese Vorschläge wurden von den Unternehmern abgelehnt. Die Öffentlichkeit mag urteilen, auf welcher Seite der Friedenswille vorhanden ist.“

Inzwischen zeigt das Untermertum, daß es gewillt ist, auf der ganzen Linie vorzugehen. Der Märkische Arbeitgeberverband hat zum 30. November rund 40 000 Arbeitern gekündigt, vornehmlich im Kreise Hagen-Schwelm. In diesem Konflikt ist bereits ein Schiedspruch gefällt worden, der den gekündigten Tarifvertrag ab 1. Dezember 1928 wieder in Kraft und ab 1. April 1929 die Pfenning Lohnerhöhung vorstellt. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß auch dieser Unternehmerverband den Spruch ablehnen und zur Aussperrung greifen wird.

Der Arbeitgeberverband Mitteldeutscher Metallindustrieller hat den Tarifvertrag zum 31. Dezember 1928 gekündigt. Er lehnt jede Lohnerhöhung von vornherein ab, will den gekündigten Tarif über den 31. Dezember hinaus nur anerkennen, wenn er auf längere Zeit abgeschlossen wird, sonst aber Lohnherabsetzungen vornehmen. Zu diesen Solidaritätsaktionen der Unternehmer untereinander gesellen sich noch die Solidaritätserklärungen der Spitzenorganisationen der Arbeitgeberverbände. Die „Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände“ und der „Reichsverband der deutschen Industrie“ haben u. a. erklärt, die Nordwestliche Gruppe „mit allen geeigneten Mitteln zu unterstützen“.

Inzwischen fand am 24. November 1928 die Verhandlung vor dem Landesarbeitsgericht in Duisburg statt. Nach mehrstündiger Beratung, in welcher als Vertreter der Arbeitnehmer insbesondere

Professor Singheimer die Rechtslage scharf herausarbeitete, wurde folgendes Urteil gefällt:

„Auf die Berufung der Beklagten hin wird das Urteil des Arbeitsgerichts vom 12. November 1928 abgeändert. Die Klage der nordwestlichen Gruppe des Arbeitgeberverbandes wird abgewiesen. Der Kläger hat die Kosten zu tragen. Der Wert des Objekts wird auf eine Million Reichsmark festgesetzt.“

Wie wir der „Frankfurter Zeitung“ vom 25. November 1928 entnehmen, wird in der auszugswweise mitgeteilten Urteilsbegründung ausgeführt, daß das Gericht sich bezüglich des im vorliegenden Verfahren immer wieder angezogenen § 21, Absatz 5 der Ausführungsbestimmungen der Schlichtungsverordnung auf den Standpunkt gestellt hat, daß dieser Absatz im Einklang siehe mit § 5, Absatz 4 der Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923, so daß also in dem strittigen Verfahren von der Schlichterkammer ein Schiedspruch gefällt werden mußte. Der Schlichter sei als Vertreter des Staates in dem an sich als Selbstverwaltungskörper der Wirtschaft begründeten Gremium der Schlichterkammer tätig und könne von sich aus den Schiedspruch und materiell die Entscheidung fällen, die er im Interesse der allgemeinen Belange für richtig halte, da er als Vertreter der vom Staat gewünschten Lohnpolitik fungiere. Das Gericht sehe daher den Schiedspruch als formell richtig zustande gekommen und als vorliegend an.

Eine Anfechtung wäre nur möglich gewesen, wenn entweder die Kammer nicht richtig zusammengesetzt wäre, wenn der Schiedspruch sich nicht im Zuständigkeitsbereich der Kammer gehalten oder wenn drittens er als gegen bestehende Befehle verstößend ungesetzlich wäre. Bezüglich der materiellen Seite der Klage, ob nämlich ein Einbruch in ein bestehendes Tarifverhältnis vorliegt, hat sich das Gericht auf den Standpunkt gestellt, daß tatsächlich durch die Regelung der Afforde ein Eingriff in den bestehenden Manteltarif vorliegt. Das Gericht halte aber dieses Eingreifen für unerheblich, habe sich lediglich mit dieser Frage deswegen eingehend beschäftigt, um einer späteren Zurückverweisung der Klage an die zweite Instanz vorzubeugen. In diesem Punkte habe sich das Gericht auf den Standpunkt des Kommentars von Derich gestellt, der von allen in der Verhandlung vorgebrachten Meinungen abweiche. Nach dieser Auffassung sei es durchaus möglich, daß auch bei formell bestehenden ungelöbten Abmachungen in irgendeiner Sache ein allgemeines Interesse an einer neuen Vereinbarung bestehen könne, so daß in diesem Falle der Schlichter als Beauftragter des Staates von sich aus auch eine bestehende Tarifabmachung abändern könne. Man würde direkt zu einer Ohnmacht des Staates kommen, wenn man den amtlichen Stellen eine derartige Neuregelung unterbinden wollte, wo sie im Staatsinteresse erforderlich erscheine. Die Auffassung werde z. B. auch dadurch gestützt, daß in der heutigen arbeitsrechtlichen Praxis in der Trennung von Tarifschlichtungsstellen und Tariffschiedsgerichten bei den Tariffschlichtungsstellen sehr häufig Änderungen bestehender Tarife vorgenommen würden, wenn auch in der Hauptsache in Form von Auslegung und Verdeutlichung vorhandener Bestimmungen. Es entspreche daher dem Wesen des Schlichtungsgebildens, daß man dem Staat die Möglichkeit einer solchen Änderung überlassen müsse. Das Gericht ist sich auch bewußt, daß es in dieser seiner Auffassung von dem Urteil des Reichsarbeitsgerichts in der bekannten Klage in der Textilindustrie abweiche, nimmt aber an, daß man in einer weiteren Erledigung dieses Verfahrens seinen Standpunkt als den richtigen annehmen wird.

Ueber die materielle Auswirkung dieses Schiedspruches ist im gegenwärtigen Augenblick noch keine Klarheit zu gewinnen. Der Arbeitgeberverband kündigt bereits die Einlegung einer Revision beim Reichsarbeitsgericht an. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ stellt sich auf den Standpunkt, daß eine „Änderung der Sachlage weder in rechtlicher noch wirtschaftlicher Beziehung“ erfolgt sei. Demgegenüber sagt das „B. Tageblatt“, daß „das zweitinstanzliche Urteil vorläufig vollstreckbar ist“.

Es ist anzunehmen, daß die Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsgericht wiederum mindestens um zwei Wochen verzögert werden. Daß der Reichsarbeiterverband den zweifelhaften „Mut“ besitzt, die Aussperrung auch für diese Zeit durchzusetzen, erscheint außer Frage; denn die Scharfmacher waren von jeher mit Blindheit geschlagen. Da am Dienstag, dem 27. November 1928, bereits der Reichstag zusammentritt, wird er erneut zu der Frage Stellung nehmen müssen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß nach Lage der Sache eine schärfere Formulierung von dieser Stelle gefunden wird, wenngleich wir uns immer in Erinnerung bringen müssen, daß die Mehrheit des Reichstags nicht ohne weiteres auf Seiten der Arbeiter steht. Jedenfalls ist durch die Landesarbeitsgerichts-Entscheidung zunächst einmal die Rechtslage zugunsten der Arbeiter entschieden. Es ist nicht anzunehmen, daß die Vertreter der Arbeiterschaft von dem so gewonnenen Rechtsstandpunkt bei den weiteren Verhandlungen abgehen. Mehr denn je bleibt jedenfalls für diesen entscheidenden Arbeitskampf in Deutschland die Notwendigkeit, daß alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zusammenstehen, damit die Unternehmer nicht noch zu guter Letzt triumphieren!

## Zerbrochene Ideale?

**M**an soll Respekt haben vor den Idealen der eigenen Vergangenheit, selbst dann, wenn der Schutt der Zeit sich darüber lagerte oder wenn sie zerbrachen. Was immer auch später wurde, um die Novembertage des Jahres 1918 leuchtet dennoch Erinnerungsglanz und manchem unter uns sind sie von allen Begegnungen, die das Leben ihm brachte, die liebsten. Nach Zeitwende und neuem Beginn hat es damals doch gerochen. Viel guter Wille und redliche Bemühung lagen beschlossen im gärenden Chaos jener Zeiten, deren zehnjähriger Wiederkehr wir kürzlich gedenken.

Vor allem war eine Empfindung allgemein: dem aus Hüllengraus und Todeschlund im zerfetzten feldgrauen Rock heimkehrenden Arbeitsvolk mußte eine neue Form der Einordnung in den Wirtschaftsorganismus gefunden werden. Das erzwang die damals noch lebhafter gefühlte Dankeschuld, das erzwang noch mehr die Furcht, mit der der Bürger dem Arbeitsmann in das finstere entschlossene Antlitz schaute. Eine deutliche Lockerung der alten Arbeitsdisziplin war offensichtlich als Furcht von vier langen Kriegsjahren nicht weiter verwunderlich. Damit der Arbeiter nicht sperrig stünde vor den Maschinen, die auf seine Hand warteten, ihm selbst Arbeit, dem ganzen Volk Brot zu geben, mußte Ausschau gehalten werden nach einem Weg, auf dem sich die Eingliederung mit den geringsten Reibungsverlusten vollziehen konnte. Nur im Zeichen größerer Rechte und Mitbestimmungsgewähr schien solche Aufgabe lösbar. Den widerstrebenden Arbeitsuntertan galt es umzuschaffen zum arbeitswilligen und verantwortungsbewußten **I n d u s t r i e b ü r g e r**. Neben dem Unternehmer sollte aus eigener Rechtskraft der Arbeiter am Steuerrad des Betriebes stehen, so wollte es der Rätegedanke, der konzentrierteste und heißeste Ausdruck der allgemeinen Zeitsehnsucht. Die Räte aber sollten sein die vorgeschobenen Posten der kommenden Sozialisierung.

Auf ihrer Kammhöhe zerbrach die große Hoffnungswelle. Soll man das Bild der Wirren, der Fehlschläge, der Enttäuschungen und der Rückzugsgefechte noch einmal herausbeschwören? Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräfte der Arbeiterschaft konnten nicht zu einer entsprechenden Entfaltung gebracht werden, so mußte der politische Anlauf ermatten und zurücksinken. Die Protokolle der Sozialisierungskommission, wenn sie nicht einfach der Papierkorb schluckte, verstauben in stillen Archivregalen. Die Institution der Räte wurde ausgehöhlt und in Atrappendasein verlegt. Die schwache Stunde der Arbeiterschaft unheimlich zum Gegenstoß benutzend, erzwang das Unternehmertum die Einfügung des Arbeitsvolkes in den Produktionsprozeß mit den alten Repressionsmethoden, mit Stoppuhr und Fließband, mit Rationalisierung, Lohndruck und brutaler Aussperrung. Nie hat es die Gegenrevolution gekümmert, daß sie die Probleme abwürgte, statt sie in ehrlicher Weise zu lösen. Das Wort vom Wirtschaftsbürger und vom neuen Wirtschaftsgeist schien wenig mehr als sentimentales Erinnerungs- und historisches Museumsgut. Der totgelagerte Kapitalismus aber schoß in Saft und Fülle, ihm schien es vorbehalten, mit Riesenkonzernen und gegnerischen Kartellgebilden erst in der Phase des sogenannten „Spätkapitalismus“ seine letzte und höchste Mächtigkeit zu entfalten.

Unter der Oberfläche jedoch vollzog sich eine bedeutende Verlagerung. Der organisierte Kapitalismus beseitigte die Steuerkraft der alten Konkurrenzwirtschaft, das Rivalitätsprinzip, den Kampf um den Kunden durch Mehrleistung und Preisunterbietung. Aus dem Kampf um den Kunden wurde der gemeinsame Kampf gegen den Kunden auf der Grundlage der Verständigung, aus Preisunterbietung Preisdiktat, zur Arbeiterausbeutung trat die **K o n s u m e n t e n a u s w a c h e r u n g**, die normale Profitrate wurde überhöht durch die **K a r t e l l r e n t e**.

Der organisierte Raubzug forderte sein Hauptquartier und seine Generalstäbe, die Konzernbureaus und die Kartellbureaus, in deren Abhängigkeit der ehemals selbständige Unternehmer abglitt, dessen vielgepriesene Initiative im Monopolkapitalismus zusammenschrumpfte zum Befehlsbefehl an der Telefonstrippe, je nach der Meinung und Laune einiger allgewaltiger Monopolherren und Wirtschaftsdiktatoren. Scheinbar eine unerfreuliche und höchst gefährliche Entwicklung! Aber leben wir wirklich mit der Zukunft im Bunde, so muß bei jeder Neugestaltung irgendwie u n s e r e Saat reifen. War der Konkurrenzkapitalismus ein sich befühndendes Widerspiel aller Teile, ein kompliziertes Gleichgewichtssystem, ruhend in der eigenen Schwerkraft, bewegt durch automatische Selbststeuerung ohne bewußte Wirtschaftsführung, so stellte der Monopolkapitalismus erstmalig wieder den Begriff einer geschlossenen Wirtschaftslenkung heraus. Aus der Vereinzelnung aller wächst ansatzweise das Gemeinwesen Wirtschaft, die großen Monopolverwaltungen sind seine Steuerorgane. In ihnen, nicht mehr im Einzelbetrieb, der rein auf seine technische Produktionsfunktion zurückgeworfen wurde, wird heute Wirtschaftspolitik gemacht. Das aber ist für uns nicht nur eine neue Erkenntnis, sondern ein neuer Angriffspunkt.

Gewiß bleibt die Selbstbehauptung des Arbeiters im Betriebe, die Durchbrechung der Unternehmerwillkür eine wichtige Angelegenheit. Wir nennen sie Betriebsdemokratie. Ihr zu dienen sind die Betriebsräte, die zum Schutz der Belegschaft bestellten Obleute in erster Linie bestimmen.

Wichtiger aber ist, daß die Arbeiterschaft eingeschaltet wird in jene Monopolorgane, die heute das wirtschaftliche Geschehen regeln. Das ist das Programm der **W i r t s c h a f t s d e m o k r a t i e**. Nicht erstrebt wird eine Einschaltung der Arbeiterschaft auf dem Vertragswege, durch das Mittel einer gemeinsamen Verständigung, wodurch die mit Ehren bestattete „Arbeitsgemeinschaft“ unerfreulichen Angedenkens ihre Auferstehung feiern würde. Vielmehr auf Grundlage eines staatlichen Gesetzes, unabhängig von jeder Unternehmerzustimmung. Die von uns betriebene Einschaltung des Arbeiters in die Monopolverwaltungen des organisierten Kapitalismus ist doppelter Art: der demokratische Staat fordert Kontroll- und Einspruchsrechte; als Staatsbürger, dem bestimmende Einwirkung auf das Zustandekommen des Staatswillens zusteht, nimmt der Arbeiter an dieser Funktion Anteil. Sodann aber als Angehöriger seiner gewerkschaftlichen Organisation, denn gefordert wird, daß die Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen in den Monopolorganen gleichberechtigt mit dem Unternehmertum ihren Platz einnehmen.

Das ist der Sinn der „Wirtschaftsdemokratie“. Lange Zeit schien sie dem durch alle Rückschläge mißtrauisch gewordenen Arbeiter als Sozialismuserlaß, als verdünnter Zuckerwassersozialismus und trügerische Spiegelfechterelei. Wer die Entwicklungslinie sieht, erkennt, sie ist kein Verlegenheitsprodukt, sondern unsere notwendige Reaktion auf eine bestimmte Entwicklungsphase des Kapitalismus. Sie ist Dorfand der Sozialisierung, wichtige Etappe zum letzten Ziel, zu dem der Weg nicht überflogen werden kann, sondern tätig durchschritten werden muß. Damit konkretisiert sich auch der Begriff des Wirtschaftsbürgers in unserer Darstellung und erfüllt sich mit Blut. Nicht mehr meinen wir das abstrakte Schwarmideal von 1918. Nur zähes Vordringen des Arbeitsmannes in alle monopolistischen Lebensbereiche der Wirtschaft, der Politik, des Rechts und der Bildung befreit aus wirtschaftlicher Untertanschaft, führt wahres Wirtschaftsbürgertum herauf. Zerbrochene Ideale? Wir hören überall die Angriffsanfänge blasen.

Dr. Erik Hölting, Frankfurt a. M.

# Die proletarische Weltanschauung



Im engen Rahmen dieser Skizze läßt sich nur einiges wenige Grundzüge über die „proletarische Weltanschauung“ sagen. Trotzdem ist zunächst notwendig — am möglichen Mißverständnis vorzubeugen —, über das Thema selbst Klarheit zu schaffen. Jeder weiß, daß die Proletarier, und das sind im wesentlichen und vorwiegend die Angehörigen der Arbeiterklasse, nicht alle die gleiche Weltanschauung haben. Wir haben zum Beispiel in Deutschland rund 14 Millionen Industrie- und Gewerbearbeiter, dazu kommen noch einige Millionen Landproletarier. Von dieser gewaltigen Zahl bekennen sich Teile zur christlichen Weltanschauung, andere Teile zu irgendeiner der mannigfachen philosophischen oder naturwissenschaftlichen Anschauungen, auch zu theosophischen und anderen. Und ebenso, wie sehr viele Nichtproletarier — also etwa Mitglieder des Groß- und Kleinbürgertums — sich gar nicht oder doch nur in sehr geringem Ausmaß um eine begründete und in sich zusammenhängende Anschauung von der Welt bekümmern, so ist das auch bei vielen Proletariern der Fall. Sie sprechen zusammenhanglos und ohne eigenes Denken nach, was ihnen vom Tage geboten wird. Wenn wir diese Tatsache zunächst feststellen und nun doch von der proletarischen Weltanschauung sprechen, so wird ohne weiteres klar, daß man darunter etwas anderes versteht, als etwa nur die Summe der verschiedenen, unter der Millionenmasse der Proletarier verbreiteten und unselbständigen Ansichten über Mitwelt, Umwelt, Welt im Großen. Wir müssen also von vornherein den Unterschied beachten zwischen der Fülle jener Anschauungen, die gleicherweise — wenigstens dem äußeren Wortlaut nach — etwa vom Proletariat und vom Bürgertum ausgesprochen werden und jener besonderen Anschauung, von der jetzt gesprochen werden soll.

Diese proletarische Weltanschauung kommt entscheidend nur dem Proletariat zu. Sie ist hervorgebrochen, geworden, gewachsen mit dem Entstehen der modernen Arbeiterklasse. Und sie entstand, wuchs und wäcst weiter als eine Anschauung, die durchaus im Gegensatz zu Anschauungen — wir sagen auch Ideologien — anderer Klassen stand und steht. Sie wurde auch von allem Anfang an von den anderen Klassen abgelehnt, heftig bekämpft und jahrzehntelang absolut mißverstanden. Dagegen ergriff sie und ergreift, zwar nicht mechanisch stetig und von Tag zu Tag, aber doch im laufenden geschichtlichen Prozeß im wachsenden Maße die Proletarier; bricht aus ihnen heraus, wird von ihnen begriffen als etwas ihnen Zugehöriges. Diese proletarische Anschauung nennen wir auch die sozialistische oder kommunistische Weltanschauung;

wobei allerdings nicht ohne weiteres Parteien, also bestimmte Zweckgebilde des kämpfenden Proletariats, gleichzusetzen sind mit Sozialismus oder Kommunismus. Zwar ist Organisation, der solidarische Zusammenschluß des Proletariats zum Klassenkampf, ein wesentlicher Bestandteil der proletarischen Weltanschauung, aber sie erschöpft sich nicht in den Äußerungen und Formen einer einzelnen der bestehenden sozialdemokratischen und kommunistischen Parteiorganisationen.

Einem zweiten möglichen Irrtum muß noch von vornherein entgegengetreten werden: dem Irrtum nämlich, daß die proletarische Weltanschauung das Werk eines einzelnen oder einiger weniger wäre, etwa das alleinige Werk von Karl Marx oder Friedrich Engels. Wohl ist richtig, daß Marx und Engels früh mit erstaunlicher Genialität die rings um sie herum wachsende proletarische Anschauung erfahen, mit hervorragender intellektueller Schärfe formulierten, in ihren Folgerungen darlegten, sie praktisch und theoretisch anwandten; aber darum ist diese Anschauung von der Welt doch nicht die Erfindung dieser Männer, sondern sie ist, wie noch näher zu erläutern sein wird Wesen und Werk der Arbeiterklasse selbst. Natürlich, so wenig etwa jeder durchaus ehrliche und überzeugte Anhänger der christlichen Weltanschauung in allen Einzelheiten dieser Lehre beschlagen ist und sie verstandesmäßig formulieren kann, so wenig ist der Proletarier, der sich zum Sozialismus bekennt, auch schon ein Schriftgelehrter.

Traumhaft dunkel, gleich dem Meere, dem so tief geheimnisvollen, sehen wir des Völklerlebens mächtige Flut vorüberrollen; krummerwühlte Oberfläche zeigt der Spiegel der Geschichte, was wir in der Tiefe ahnen, wird zum wirren Traumgesichte. Unerschöpflich, wild chaotisch, wagt kein inneres Getriebe, zwischen Schaffen und Zerlören, Tod und Leben, Haß und Liebe. Erig mordernd und gärend, gleich der Wüste Ungeheuern, sehn wir Volk auf Volk verblutend, kein Vernichtungsgest: erl erneuern; doch im grauen Wechsellerte, in der Stoffe widem Gärten muß das dunkle Bild des Lebens hell und heller sich vertären. Und aus Mriaden Gräbern strahlt dem Auge des Geweihten das Geis der Fortentwicklung trübend in die Nacht der Zeiten.

Friedrich Krasser

Die proletarische Weltanschauung entsteht in Einheit mit dem Entstehen der modernen Arbeiterklasse. Und die moderne Arbeiterklasse wieder kommt mit dem Entstehen und Werden des industriellen Kapitalismus. Mit einem Beispiel sei gesagt, daß in Deutschland diese moderne Arbeiterschaft wesentlich erst seit dem zweiten und dritten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts in die Geschichte tritt. So haben wir zum Beispiel um die Mitte des 19. Jahrhunderts erst eine knappe halbe Million Industrie- und Gewerbearbeiter gegenüber den 14 Millionen der Gegenwart. Der Kern nun der proletarischen Weltanschauung ist ihr dialektischer Materialismus und ihre Gesellschaftsauffassung. Die proletarische Weltanschauung ist eine materialistische. Was heißt das? Was heißt hier „Materie“, „materiell“, „materialistisch“? Es heißt nicht dasselbe wie die philosophische Behauptung: Das Geistige ist eine zweitrangige Erscheinungsform; oder der Geist ist nur eine Absonderung der Materie, wie etwa die Magensäure eine Absonderung des Magens. Es heißt auch nicht: Alles, was die Menschen tun, wird nur und ausschließlich aus materiellem Interesse und im besonderen aus Erwerbsinteresse getan. Materialistische

## Zur Geschichte der Leipziger Straßenreinigung

Historische Studien von Arno Kapp, Leipzig.



Im Jcher legte der Leipziger Rat besonderen Wert darauf, daß Gassen, Straßen und Plätze seiner Stadt sauber gehalten wurden. Er verpflichtete daher bereits im Jahre 1558 ständige Schlammschäufner. Noch am 27. Februar 1605 verordnete er, daß alljährlich die Bürgerschaft bei Verkündigung des neuen Rates daran erinnert werde,

„daß ein jeder Einwohner und Haußwirth es in und vor seinem Hauße, auch in den Kammern und Gemachen, sowohl auf den Gassen allenthalben sauber und rein halten, alle unsauberkeit und sonderlich das aufgleßen von Urin noch anderer unsauberer stinkender Materie heraus auf die Gassen und Gerinne bey Straß fünst Thal er verbothen sei.“

Die Aufsicht über die Straßenreinigung lag in den Händen der Gassenmeister, die vom Rate auf ihren Dienst vereidigt wurden. Bereits am 1. Juli 1656 gab ihnen der Rat eine eigene Ordnung. Jede Straße wählte aus den Nachbarn zwei Gassen- und zwei Bornmeister. Diese hatten dafür zu sorgen, daß die Straßen

stets in einem sauberen Zustande waren, mußten von Zeit zu Zeit die Feuerstätten besichtigen und darauf achten, daß keine fremden Leute — außer zu Mack- und Matarbeiten — beschäferat wurden. Jeder Fremde, und wenn er nur einen Tag in Leipzig Aufenthalt nahm, hatte die „gebührlichen Abschiedsbriege mitzubringen, daraus man zu ersehen habe, wie er sich an anderen Orten gehalten“.

Der Gassenmeister hatte auch darauf zu achten, daß keiner mehr Kühe, Schweine oder sonstiges Vieh hielt, als ihm zustand. Die Instruktionen für die Gassenmeister schlossen im Laufe der Zeit zu umfangreichen Verordnungen an. Der Grund hierfür waren die häufigen Seuchen und Epidemien, welche die Stadt heimsuchten.

Welchen Wert man einer geordneten Straßenreinigung in Zeiten solcher Epidemien beilegte, erfahren wir aus einem Schreiben des sächsischen Kurfürsten Johann Georgs vom 4. März des Jahres 1680, welches er von Schloß Hartenfels bei Torgau an den Rat der Stadt Leipzig sandte. Es lautete:

„Liebe Getreue. Demnach bey Unserer letzteren Anwesenheit zu Leipzig Wir sowohl selbst, als auch sonstigen wahrgenommen, wasgestalt wegen des für den Thüren liegenden Schmutzes, Schlammes und Unflats, der zuweilen ganze Wochen und länger unweg geführt bleiben soll, die unsauberkeit der Gassen und gemeine Plätze einig und allein herrühret. Und Wir daher der

Anschauung bedeutet hier zunächst nur: Das Materielle, die Materie wird angesehen als Gesamtheit der Welt. Es wird damit anerkannt, daß die Welt nicht etwa nur bloßer Schein ist, ein Produkt, ein Bild, eine Bildung oder Projektion des denkenden Kopfes, wie es gewisse idealistische Philosophen behaupten. Es wird ausgesprochen, daß diese Welt auch außer uns wirklich besteht. Materiell im Sinne der proletarischen Weltanschauung ist das gesamte natürliche Geschehen einschließlich des menschlich gesellschaftlichen, des geschichtlichen Geschehens. Materiell bedeutet also alles, was wirklich ist, was wirkt; also alles Geistige einbegriffen. Wirklich materiell sind für diese Anschauung sowohl alle sogenannten Dinge, die Luft, die Erde, die Gegenstände, als auch die Gedanken, der Idealismus, die Begeisterung, die Sehnsucht, der Glaube usw. Wirklich also ist hiernach zum Beispiel der Glaube an einen Teufel, der Glaube an ewige, unveränderlich da oben hangende Menschenrechte. Aber wenn auch der Glaube als solcher, die Gedanken als solche wirklich sind im Sinne dieser Anschauung, so ist darum noch nicht wirklich das, woran jemand glaubt. Wenn auch der Glaube an einen Teufel wirklich ist, denn sicherlich kann dieser Glaube wirken, so besitzt darum noch nicht der Teufel Wirklichkeit, Materialität. Hier sieht die proletarische Weltanschauung nur eine Abstraktion wechselnder Art. Der Trennungstrieb wird also gezogen nicht zwischen Geist und Materie, zwischen Körper und Seele, zwischen Denken und Sein, sondern er wird gezogen zwischen der Gesamtnatur und den phantastischen Abstraktionen. Also die wirkliche, die ganze wirkliche Umwelt bestimmt den menschlichen Geist, äußere Bedingungen so gut wie der geistige Besitz der menschlichen Gesellschaft. Das menschliche Handeln wird bestimmt durch die zwingenden Lebensbedürfnisse so gut wie etwa durch sittliche Triebe, Opfermut usw. Diese Mächte aber stammen für die sozialistische Anschauung nicht aus der Abstraktion „Himmel“, sondern aus der realen Welt selbst.

Doch wir müssen, um hier klar zu sehen, diese materielle Basis noch genauer ins Auge fassen. Zunächst stellen wir nur fest, daß das Materielle, die „Materie“ der proletarischen Weltanschauung nichts Totes ist, sondern eine unzerreißbare Einheit von Geist und Natur, ein bewegtes Ganzes voller Wechselwirkungen, ein Konkretum, wie man auch sagt. Die proletarische Anschauung geht also aus von der Wirklichkeit, von der Realität, vom Konkreten.

Wir werfen jetzt einen Blick auf die menschliche Geschichte. Hier zeigt sich als Tatsache, daß Veränderungen, Entwicklungen vorkommen, daß es wechselnde wirtschaftliche Einrichtungen, Staatsformen usw. gibt, daß die Menschen zu verschiedenen Zeiten verschiedene Auffassungen über Recht, Sittlichkeit, Religion, Kunst usw. haben. Die proletarische Weltanschauung fragt nun: Woher kommen diese Veränderungen? Wie kommt es zu dieser zeitlich-örtlichen Verschiedenheit geistiger Auffassungen? Welches sind die Ursachen, die Triebkräfte, die Beweggründe solcher Änderungen, Entwicklungen, Umwälzungen? Woher stammen sie? Wieder gehen wir von der Wirklichkeit aus. Wir sehen die Menschen mit Körper und Geist als Glieder der sie umgebenden Natur. Wir erkennen sie als Wesen, die in allererster Linie, um leben zu können und fortzubestehen, sich nähren müssen und fortpflanzen. Wir nennen dies nun die Bedürfnisbefriedigung. Das lebendige Ganze nun

der Bedürfnisbefriedigung, das System der Bedürfnisbefriedigung, die Fülle der Wechselbeziehungen, der Einwirkungen der Menschen auf die Natur und umgekehrt und der Menschen untereinander, die Dynamik all dieser Beziehungen und Verhältnisse nennen wir Produktionsverhältnisse. Die Produktionsverhältnisse umfassen die zur Bedürfnisbefriedigung notwendige Produktion so gut wie die dazu notwendige Verteilung der Produkte. Die Gesamtheit aller Produktionsverhältnisse nennen wir die ökonomische Struktur einer Gesellschaft. Und wir sagen: Dies ist die materielle Basis einer Gesellschaft. Nach sozialistischer Anschauung sind nun die Produktionsverhältnisse gleichzeitig Eigentumsverhältnisse, Verhältnisse von Klassen.

Was ist eine Klasse im sozialistischen Sinne des Wortes? Wieder geht man hier auf die Wirklichkeit, auf die materielle Grundlage, auf die ökonomische Struktur zurück. Die Produktionsverhältnisse, das System der Bedürfnisbefriedigung sind ein System verschiedenster Wechselbeziehungen. Innerhalb dieses Systems waren zum Beispiel in gewissen primitiven kommunistischen Urgesellschaften Grund und Boden, Unterkunftshaus, Viehherden, kurz die hauptsächlichsten Produktionsmittel gemeinschaftliches Eigentum. Man verrichtete die hauptsächlichsten gesellschaftlichen Arbeiten zusammen. Man war, abgesehen von dem Unterschied in Geschlecht und Alter, im Produktionsprozeß einander gleich, und im Eigentum gab es keinen oder nur einen geringen Unterschied. Nachdem aber die Arbeitsteilung so groß geworden war, daß besondere Berufsarten entstanden, und nachdem durch bessere Technik und Arbeitsteilung ein Ueberschuß über das für das Leben direkt Notwendige produziert wurde, wußten einige Gruppen auf verschiedene Art sich diesen Ueberschuß und schließlich auch die Produktionsmittel anzueignen. Damit entstanden Klassen. Zu einer Klasse gehören also nach proletarischer Anschauung alle die Individuen und Gruppen, die im Produktionsprozeß in der gleichen Art der Wirtschaftsbetätigung stehen, dieselbe Stellung darin einnehmen. Ein Beispiel wird das deutlicher machen. Wir unterscheiden in der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft drei Hauptklassen:

1. Grundbesitzer, das heißt Bodeneigentümer und Nutznießer der Grundrente.
2. Kapitalisten, Kapitalanleger und Kapitaldarleiher als Anwender fremder Arbeitskraft zur Gewinnung von Profit.
3. Arbeiter als bloße Verkäufer ihrer Arbeitskraft.

Nicht eingegangen werden kann hier auf mancherlei Uebergänge und Unterabteilungen. Es sei nur hinzugefügt, daß man die Angehörigen der beiden ersten Klassen auch als Besitzende bezeichnet, als Besitzer von Produktionsmitteln (Fabriken, Rohstoffen, Werkzeugen usw.), und die Angehörigen der Arbeiterklasse als Besitzlose, da sie im wesentlichen Nichtbesitzer von Produktionsmitteln sind. Ebenso spricht man von Ausbeutern und Ausbeuteten.

Wir kehren jetzt zu den vorhin gekürzten Gedanken zurück. Wir sagten: Die Produktionsverhältnisse bilden die materielle Basis, die ökonomische Struktur der Gesellschaft. Sie sind, um es nochmals einzuprägen, nicht etwa nur rein technisch mechanische Betriebsverhältnisse, sondern eine konkrete, unzerreißliche, lebendige

erheblichen Nothdurft erachtet, diesem Uebelstand um soviel mehr nachdrücklich zu begegnen, je mehr bei hitziger, der In-  
stand von einer ansteckenden Seuche leichtlich anlaß und Beförderung gegeben werden möchte;

Als begehren Wir befehlende, Ihr wolleet zu aufbringung der hierzu benötigten Kosten das gewöhnliche

#### Opfer- und Wächtergeld

verdoppeln, dabei aber gute Anstalt machen, daß der Schutt, Schlamm und Unflat von den Gassen und gemeinen Plätzen täglich weggeschafft und die verordneten Mittel zu nichts anderes, denn zu solchem ende angewendet werden möge. Daran geschicht unsere Meinung

Nach der Gassenordnung waren die Gassenmeister verpflichtet, jährlich mindestens vier Quartalsitzungen abzuhalten und hierzu rechtzeitig Nachbarn, Hauswirte und Misseteute durch die Gassenmägde — das waren „tüchtige und unbescholtene Weiber“ — einzuladen.

In diesen Zusammenkünften war das Tabakrauchen sowie jegliches Biertrinken verboten. Die Kosten für die Straßenreinigung hatten sämtliche Anwohner der Straße, Hausbesitzer und Misseteute aufzubringen. Man nannte diese Beiträge, die alle Quartale zu legen waren, das „gewöhnliche Nachbargeld“. Dieses Geld diente dazu, die Brunnen zu erhalten, Pfügen zu beseitigen

und den Straßenschlamm abzufahren, Brücken und Stege zu bauen, das Feuergeräthe, Leitern, Haken und Eimer in gutem Stand zu halten. Während der Wintermarkzeiten hatten sie aus der Nachbarschaft der Reihe nach Wachen zu beordern. Die Hauswirte waren verpflichtet, ihre Misseteute, deren Kinder sowie das Gestrübe dem Gassenmeister anzuzeigen, auch wenn sie nur zur Durchreise sich in der Stadt oder in den Vorstädten aufhielten. Niemand durfte den Mist oder anderen Unrat außer der festgesetzten Zeit vor die Häuser auf die Straße schassen. Jeder Hauswirt mußte mindestens wöchentlich zweimal vor seinem Hause kehren. Noch im Jahre 1777 mußte der Rat seine Bürger daran erinnern, daß das „Legen des Mistes vors Haus auf öffentliche Gasse“ nur dann gestattet werden könne, wenn der Hofraum zu eng sei, den Mistwagen aufzunehmen.

Das Austräumen der Düngergruben besorgte in Leipzig jahrhundertlang der Scharfrichter mit seinen Gesellen. Sooft er eine Grube auszuräumen hatte, mußte er dieses vorher jedesmal dem regierenden Herren Baumeister sowohl als auch dem Obervoigte zur Benachrichtigung anzeigen. Ohne deren Genehmigung durfte er die Grube nicht räumen lassen. Zu dieser Arbeit soll er keine Kinder oder Mägdelein, sondern muntere starke Leute gebrauchen, die sich nicht mit dem Trunke übernehmen, ihre Arbeit fleißig und ohne sonderlichen Tumult in der Stille der Nacht verrichten, damit niemand in seiner Ruhe gestört werde!

Einheit von Menschen und Natur. Bezeichnet man nun diese materielle Basis als das „gesellschaftliche Sein“, dann ergibt sich weiterhin: Das gesellschaftliche Sein bestimmt das gesellschaftliche Bewußtsein, das heißt das Bewußtsein der Menschen, das sich ausdrückt in Wissenschaft, Kunst, Religion, Politik und so fort. Und zwar ist dies in letzter Instanz der Fall. Zu beachten sind auch noch andere Faktoren, die im Produktionsprozeß eingeschlossen sind, wie etwa: Klima und Bodenbeschaffenheit. Aber entscheidend, in letzter Instanz bestimmend, ist die ökonomische Struktur, ist die Art, wie die Menschen ihren Lebensunterhalt gewinnen.

Man wird nach dem Vorausgehenden verstehen, daß dies etwas anderes ist als die schon alte und in vielen Variationen geäußerte philosophische Ansicht von der Abhängigkeit des Geistes von einer

rein stofflich aufgefaßten Materie. Diese Produktionsverhältnisse der proletarischen Anschauung sind nicht ein fertiges, in sich abgeschlossenes Ganzes, sondern ein in Bewegung befindliches Dynamisches. Die gesellschaftlichen Ereignisse wirken nicht auf Köpfe, deren Geist ein unbeschriebenes Blatt ist, sondern auf Geister voller Tradition aus früheren Epochen. Und selbstverständlich bestimmen nicht die ökonomischen Verhältnisse des jeweiligen Heute allein das Bewußtsein des Menschen, sondern auch die früheren Verhältnisse bestimmen es. Die Notwendigkeit, mit der dies geschieht und von der der Sozialismus oft spricht, erfolgt also durch Vermittlung der Menschen. Die Menschen sind das entscheidende Zwischenglied der Kette. Doch um dies zu verstehen, müssen wir noch weitergehen.  
Karl Schröder. „Bücherkreis.“

## Der ewige Garten

Don Kurt Offenburg.

Gewiß, die von allen Zutaten befreite Sachlichkeit ist schön: die große eiserne Brücke, dieser Triumphbogen eines technischen Zeitalters, die gewaltige Pyramide amerikanischer Städte, das

die ganze Welt im Dasein einer Pflanze ahnungsvoll begreift. Aber noch keiner hat diese Blüten zu einem Strauß gebunden. Jetzt hat Kurt Offenburg eine Auswahl dieser

kräftspendende Riesenrad rhythmisch donnernder Maschinen — wir haben gelernt, das Notwendige schön zu finden. Aber eines Tages, mitten im Tempo der Stunde, überfällt uns die Sehnsucht nach einem wehenden Zweig am Fenster, nach einem Wiesenrand mit kleinen Blumen, nach einem jungen Baum, der wie ein Kind gepflegt sein will, und wir möchten uns auf den braunen Teppich des Waldes legen und nicht aufhören, die Sekunden der Ewigkeit nach dem feierlichen Schwanken der Wipfel über uns zu messen.



Gedichte gesammelt und zu einem „Ewigen Garten“ geordnet. Sein Versuch, „das ewig Gleichwertige in der ewigen Verschiedenheit menschlichen Empfindens zu zeigen, in der Dichtung über Blume und Pflanze“, ist gut geglückt. Nur einer, der selbst die Gabe der Poesie hat, konnte aus dem unerschöpflichen Material das Schönste und doch nicht zu Bekannte so ausuchen. Das Buch Offenburgs, das jetzt als Drei-Mark-Band, reich illustriert, für die Mitglieder der Büchergilde Gutenberg, Berlin, erschienen ist, umfaßt die Poesie alter untergegangener Kulturen, und die Gegenwart beginnt mit den Gedichten der Ägypter, Perfer, Inder, gibt der herrlichen Naturpoesie der Chinesen und Japaner den Platz, der ihr gebührt, führt über Amerika in die nordischen Staaten und zu den europäischen Völkern und endet mit der Poesie des dachtenden Arbeiters. Und für den arbeitenden Menschen soll dieses Buch sein ein Garten nach der Hast des Tages, ein ewiger Garten voller Schönheit und Glück für jedermann.

Das Tier formte der Mensch nach seinem Bilde; die Pflanze ist ihm das anbetungswürdige Idol des ewigen Lebens geblieben. Geburt und Tod, Werden und Vergehen sind mit dem keuschen Geheimnis des Pflanzendaseins verschwistert, und das höchste der Gefühle, die Liebe, kennt nur ein Sinnbild: die Blüte.

Durch die Poesie aller Zeiten und Völker weht der Duft der Blumen, atmen die Wälder, flüstern die Gräser. Das zum Gedicht gesteigerte Gefühl blüht in allen Epochen und Bezirken der Erde am schönsten auf, wenn es

größeres zugegeben, also daß ermeldeter Cloac-Mist von dato an folgendermaßen

aus den Häusern auf die Gasse zu schaffen:

1. Juni bis den 14. September ganz und gar nicht,
15. Sept. bis den 15. Oktober um 6 Uhr abends,
15. Oktober bis den 15. November um 5 Uhr abends,
15. Nov. bis den 15. Dezember um 4 Uhr abends,
15. Dez. bis den 15. Januar um 3 Uhr abends,
15. Jan. bis den 15. März um 4 Uhr abends,
15. März bis den 15. April um 5 Uhr abends,
15. April bis den 15. May um 6 Uhr abends,
15. May bis den 31. May um 7 Uhr abends.

Innerhalb einer Stunde aber mußte der Mist das Stadttor passiert haben. Wer dawider handelte, verfiel hoher Geldstrafe und wurde je nach Gelegenheit gleich „unter dem Thore gepfändet.“

Während man in früheren Zeiten in Leipzig die Bezahlung der Straßenreinigung ausschließlich durch die Bewohner der Häuser aufbringen ließ, ging der Rat dazu über, in späterer Zeit die Kosten selbst zu übernehmen. So erfahren wir aus einer Eingabe der Stadtverordneten der Stadt Leipzig an den Rat vom Jahre 1864:

„Mit dem Inslebentreten der neuen Wasserleitung halten wir das Besprengen der Straßen für so überaus wichtig, daß wir eine ausdrückliche Festsetzung hierüber keinesfalls vermissen möchten.“

Er hatte vor und nach dieser Arbeit die Anzuchten in den Gassen, durch welche der Unflut floß, räumen zu lassen und gegen Morgen nach getaner Arbeit mit Wasser gründlich nachzuspülen.

Er hatte ~~mit dem~~ geordneten ~~Sonne~~ zu befehlen, nämlich: „Jeder männiglich 8 Groschen des Nachts für jede Person.“ Wenn er mehr forderte, so sollte er vom Rate in gebührende Strafe genommen werden. Waren im Winter die Gerinne zugefroren, so mußte er vor Räumen der Gruben diese durch seine Leute aufreihen lassen.

Am 21. Januar des Jahres 1737 verordnete der Rat weiter, daß „zur beständigen Reinhaltung der Stadt 10 Kärner täglich die Plätze und Gassen kehren sollen, insonderheit aber Mittwochs und Sonnabends nachmittags.“

Mit der Entwicklung der Stadt konnte oblige Verordnung über die Räumung der Gruben während der Nacht nicht mehr Schritt halten. Das Dresdner Gouvernement verordnete daher unterm 25. Februar des Jahres 1736 auch für die Stadt Leipzig folgende Bestimmungen:

„Nachdem daß hiesige Gouvernement die Ausführung des „Cloac-Mispes bey allhiefiger Reibenz zu erleichtern, nicht allein „die bisherigeu Befehl, deren sich der Land-Mann bey der Gouvernements-Canzley erholen müssen, gänglich aufgehoben, sondern auch über dieses an Monaten und Stunden ein

Goethe: Wende nun, o Geliebte

(Aus „Der ewige Garten“.)

... Wende nun, o Geliebte, den Blick zum bunten Gewimmel,  
das verwirrend nicht mehr sich vor dem Geiste bewegt.  
Jede Pflanze verkündet dir nun die ewigen Gesetze,  
jede Blume, sie spricht lauter und lauter mit dir.  
Aber entzifferst du hier der Göttin heilige Lettern,  
überall siehst du sie dann, auch in verändertem Zug:  
Kriechend zaudre die Raupe, der Schmetterling eile geschäftig,  
bildsam ändre der Mensch selbst die bestimmte Gestalt.  
Oh, gedenke denn auch, wie aus dem Keim der Bekanntschaft  
nach und nach in uns holde Gewohnheit entsproß,  
Freundschaft sich mit Macht in unserm Innern enthüllte,  
und wie Amor zuletzt Blüten und Früchte gezeugt.  
Denke, wie mannigfach bald die, bald jene Gestalten,  
still entfaltend, Natur unsern Gefühlen geliehn!  
Freue dich auch des heutigen Tags! Die heilige Liebe  
strebt zu der höchsten Frucht gleicher Gesinnungen auf,  
gleicher Ansicht der Dinge, damit in harmonischem Anschau  
sich verbinde das Paar, finde die höhere Welt.

## Der Briefkasten

Unter den Fenstern meiner Wohnung ist ein Briefkasten. Sein greller Anstrich leuchtet weithin durch die Gasse. Aber die Menschen halten an ihm vorüber und beachten ihn nicht. Aber das scheint nur so. In Wirklichkeit hat der Briefkasten seine Stammkunden, die in dem Häuserblock und in den angrenzenden Gassen wohnen. Und es wohnen viele Hunderte von Menschen in den hohen Sinshäusern ringsum. Und gar viele Hände tasten im Laufe eines Tages nach den Klappen, welche die Einwurfsöffnungen des Briefkastens abschließen, heben sie hoch und schieben Karten oder Briefe hinein. Dann fällt die Klappe mit einem dumpfen Laut wieder herunter. Der Kasten hat den Brief geschluckt. Er schluckt deren gar viele im Laufe eines Tages, weil das Leben so mannigfach ist und die Schicksale der Menschen so vielgestaltig sind...

Da kommt ein Geschäftsmann, wirft, gleichgültig dreinschauend, einen Brief mit blauem Umschlag durch die Oeffnung; ein Geschäftsbrief, der eine Bestellung oder sonst eine geschäftliche Mitteilung enthält. Der Schneidermeister von nebenan trippelt mit besorgter Miene daher. Seit einigen Monaten schon hat er nur wenig Arbeit. In dieser teuren Zeit lassen sich die Menschen keine Anzüge machen. Er hat die zwei Gesellen schon vor einiger Zeit entlassen müssen und auch der Lehrling hat nur wenig zu tun, so wie sein Meister. Aber seine Familie will leben. Auch in der Zeit, da nichts zu tun und zu verdienen ist. Er braucht Geld und schreibt an seine Schwester, die irgendwo in Amerika verheiratet ist, und der es besser geht als ihm. Vielleicht wird sie ihm einige Dollar schicken. Und wenn dann der Winter kommt, dann wird es, so hofft er, mit der Arbeit wieder besser werden. Bedächtig

und umständlich steckt er den Brief in den Kasten und trippelt wieder heim in die stille Werkstatt.

Das neue Dienstmädchen des Apothekers kommt mit wiegenden Schritten daher gegangen. Sie ist erst seit wenigen Tagen in der großen Stadt und in ihrem Herzen brennt das Heimweh und die Sehnsucht nach der dörflichen Stille und der dürftigen elterlichen Hütte. Den Brief, den sie in der Hand trägt, hat sie gestern in später Nachtstunde beim Schein einer Kerze in ihrer Kammer geschrieben. Er soll den Eltern sagen, wie sehr sie sich nach ihnen und der Heimat sehnt und wie bang ihr in der großen Stadt ums Herz ist. Dumpf schließt sich die Klappe, das Mädchen geht weiter.

Der arbeitslose Ingenieur aus dem großen Eckhaus schleicht über die Gasse. Er hat schon Duzende Offerten abgeschickt und ist noch immer ohne Posten. Müde, hoffnungslos schiebt er wieder einige Bewerbungsschreiben in den Briefkasten. Wird er diesmal mehr Glück haben?

Anna, das Dienstmädchen des Seichermeisters, kommt mit hochgeröteten Wangen gelaufen und wirft gleich drei Briefe auf einmal ein. Sie hat im Ineranteil der Zeitung die Heiratsannoncen gelesen. „Chrbare Bekanntschaft zwecks Ehe sucht...“ Anna hat das Dienstenleben satt und möchte gern heiraten.

Ein altes Weiblein humpelt schwerfällig daher. Der Brief, den sie in den zitternden Händen trägt, ist an ihren Sohn gerichtet. Er mobert schon längst irgendwo, wo ehemals die Front war. Aber die alte Mutter glaubt nicht daran. Sie weiß es besser: ihr Franz lebt, befindet sich noch immer in der Gefangenschaft und wird eines Tages zu ihr zurückkommen. Sie hat schon viel Briefe an die Redaktion der Zeitung geschickt, damit diese den Brief weiterleite. In der Redaktion weiß man, daß der Sohn der Frau schon längst tot ist. Aber man vermag es nicht, der alten Frau den letzten Rest der Hoffnung zu rauben.

Ein junges Ding im hellen Kleid, seidernen Strümpfen und zierlichen Lackschuhen, schwebt herbei und läßt mit flinken Fingern einen rosafarbenen Brief in den Kasten gleiten.

Fräulein Eleonore, die alte Jungfrau aus dem Eckhaus, kommt wie ein Backfisch gepußt, über die Gasse gefürzelt. Man kennt sie in der ganzen Umgebung und ergötzt, daß sie die Briefe an sich selber schreibt, weil sie sonst keine Post bekommen würde.

So kommen allerlei Leute: Frauen, Männer und Kinder. Der Kasten schluckt die Briefe, und wenn die Klappe niederfällt, dann klingt es, als sage der Kasten: „hm!“ Dann kommt der Postbedienstete mit der großen Ledertasche, schiebt sie mit einem Ruck unter den Briefkasten und die Briefe fallen in die Ledertasche.

Weithin leuchtet der grelle Anstrich des Briefkastens durch die Gasse. Und wieder kommen Menschen, die erfüllt sind von der Sorge und der Unrast, die das Leben mit sich bringt, heben die Klappen hoch, lassen ihre Briefe durch den Spalt in den Kasten fallen und so oft die Klappe niederfällt, sagt der Briefkasten sein überlegenes „hm!“

Und wie viele solcher Briefkasten gibt es in einer großen Stadt?  
Heinrich Hofe k.

Demgemäß richten wir in Betracht, daß der Wasserverbrauch zum Staublösen auf den Straßen und Plätzen für alle Stadtbewohner ohne Ausnahme ein Element von so hoher Bedeutung ist, daß dies nicht blos dem freien Willen der Straßenbewohner überlassen werden kann, sodas eine regelmäßige Sprengung aller Straßen und Plätze auf gemeinsame Kosten eintreten muß.

Erst zwei Jahre später aber erließ der Rat eine Bekanntmachung, in der er seine Wasserleitung, die im Jahre 1866 fertig gestellt worden war, zur Bewässerung der Straßen unentgeltlich zur Verfügung stellte. Er forderte weiter die Anlieger der Straßen auf, sich in sogenannten Sprengvereinen zusammen zu schließen. Das Besprengen der Straße aber besorgten die Anwohner selbst, indem sie an die Wasserposten einen Schlauch anschraubten, und damit Fußsteige und Straßen benetzten. Mitunter aber geschah die Bewässerung auch von den Leitungen der Wohnungen aus. Erst später ging der Rat dazu über, das Wasser in Holzfässern, an denen offene Kisten angebracht waren, die mit durchlöcheriem Boden versehen waren, durch die Straßen fahren zu lassen. Später brachte man an den Holzfässern kupferne und ellipsenförmig gebogene, mit feinen Löchern durchbohrte Rohre an. Eine Hahnvorrichtung ermöglichte es dem Geschäftsführer, den Wasserausfluß zu regeln.

Die Gründung von Sprengvereinen hatte wenig Erfolg. Man benutzte lieber die Hausleitung zur Straßenreinigung. Das Sprengen hatte mit niedrig gehaltenem Schlauche zu geschehen.

Im übrigen empfahl der Rat auch hierbei größte Vorsicht und Rücksichtnahme gegen das verkehrende Publikum. Meist besorgten das Sprengen die Hausmänner, die dann vom Rate durch Handzettel hierzu verpflichtet wurden. Für alle Schäden aber hatten die Anwohner selbst zu haften. Eine Reihe von Klagen über unsachgemäße Behandlung der Wasserposten ließen dauernd beim Rate ein. Eine derartige Beschwerde mag folgen:

„Heute abend 6 Uhr zeigte der Droßkenukischer Nr. 187, Eduard Holmbold, in der Wache an, daß der Markthelfer Wilhelm Köhler beim Kaufmann Weise die Straße ohne Brause besprengt und habe ihm beim Vorüberfahren den vollen Strahl in seinen Wagen gerichtet, sodas derselbe ganz durchnäßt sei, auch habe er den Strahl in hohem Bogen geleitet und das vorübergehende Publikum damit belästigt.“

Erst im Jahre 1874 beschloß der Leipziger Rat, einen Sprengwagen aus Berlin kommen zu lassen. Im gleichen Jahre wurde auch die Kerichtabfuhr durch besondere Wagen geregelt.

(Quelle: Leipziger Ratsarchiv, Titel 1/22 k pg. 397; XXX/5; XXXIX/8a und 69; XXXIV/12; LXII g 6; II. Sekt. S. 169.)

Del und gut sprechen ist Talent eines wihigen Kopfes; wenig und gut, der Charakter des Denkers; viel und schlecht, die Mut des Dinklings; wenig und schlecht, das Unglück des Tropfes.

H u f e l a n d.

## Grundsätzliches vom Genossenschaftswesen

### IV.

Alle die mannigfaltigen Erscheinungen unserer heutigen Genossenschaftsbewegung sind die Auflehnung gegen die schädlichen Reuegerungen der kapitalistischen Wirtschaft. Die kapitalistische Wirtschaft rief selbst den Widerspruch gegen sich wach. Aus diesem Kampf zwischen den schädlichen Reuegerungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise und dem sich gegen sie auflehrenden Widerspruch gingen Wirtschaftsgebilde hervor, die eine bessere Wirtschaftsweise wollen und darstellen: die Genossenschaften.

Die ersten konsumgenossenschaftlichen Gebilde sind darum auch dort zu finden, wo die kapitalistische Wirtschaft zuerst die tollsten Auswüchse zeigte. Dies war in England der Fall.

Die kapitalistische Wirtschaft rief in diesem Lande weit eher als auf dem Kontinent den Widerspruch gegen sich auf. Der Kapitalismus achtete aus schändlichem Streben nach ungemessenem Reichtum und Luxus nicht des Wohles der arbeitenden Klassen. Niedrige Löhne, lange Arbeitszeit, Frauen- und Kinderarbeit, hohe Steuern usw. schufen unsagbare Not unter den arbeitenden Schichten. Mrs. Stoney Webb (Beatrice Potter) schreibt in ihrer „Britischen Genossenschaftsbewegung“:

„Den Arbeitgebern, welche ihre Fabriken nur selten besuchten, erschien die Arbeit von Mann, Frau und Kind nur als eine Ware, die man zum billigsten Preise kaufte und die man verbraucht, genau wie den Koks, mit dem sie ihre Oefen füllten, unter möglichst geringer Abnutzung der Maschinen. Die Einfachheit und Kleinheit der allerersten Spinnmaschinen ließen es zu, daß sie durch die biegsamen und gelehrigen Finger von Kindern besorgt wurden; während die Frauen genügend Kräfte besaßen, um den Kraftstuhl zu lenken. Die rasche Entwicklung kostspieliger Maschinen ließ die lange Arbeitszeit als münchenswert scheinen; kleine Kinder wurden aus ihren Betten gerissen und an die Maschinen gesetzt, um sie während zwölf bis fünfzehn Stunden von den vierundzwanzig zu besorgen, durch die immer gegenwärtige Furcht vor der Peitsche des Aufsehers gezwungen. Die physische Erschöpfung und Abstumpfung des Geistes zu überwinden. — Ein entwürdigendes Armenlohn versorgte den Kapitalisten mit Material, in Gestalt von Armenhauskindern, und nahm menschlichen Ansehen, in Gestalt von zu früh gealterten Arbeitern, von ihnen zurück.“

Diese erniedrigende Lohnarbeit, die bis zum höchsten geheiligten Ausbeutung der menschlichen Arbeitskräfte durch den Kapitalismus, die hohen Steuern usw., verbunden mit allem sich daraus ergebenden Elend des arbeitenden Volkes, mußten zwangsläufig den Gedanken auf Befreiung aus der Drangsal gebären. Wie anderswo, so waren auch in England einzelne Männer, mit schaffendem Geiste und starkem Willen begütert, die durch die Unterdrückung und die Bitternisse des Volkes veranlaßt, es auf Wege hinwiesen, die ihm Befreiung geben sollten. Wie auch die Wege waren, auf die man hinwies, sie hatten gemeinsam, daß sie die Bindung, den Zusammenschluß der entrechteten Menschen als erstes forderten. Der Gedanke des Zusammenschlusses, die Berge verjüngende Idee der Einigung mußte lebendige Gestalt annehmen. Mit der Gärung des Lebens der arbeitenden Schichten unter dem Druck des Kapitalismus wuchs auch der Gedanke der Verbundenheit, der Assoziationsgedanke. Neben Vereinigungen politischen Charakters, die in der Reformierung des Parlaments die Schaffung eines neuen sozialen Systems sahen, neben Vereinigungen zu gegenseitiger Bildung und Hilfskassen schuf der Einigungsgedanke auch, und zwar hier speziell infolge Erpressungen der Müller und Bäcker durch Monopolpreise und Verfälschung des Brotes, Verbindungen wirtschaftlichen Charakters: Gesellschaften zum Mahlen von Korn oder Backen von Brot und auch den Typus der mit „General Redemption Societies“ (Allgemeine Wiederkaufvereine) und „Unionshops“ (Verbandsläden) bezeichneten Konsumvereine.

Die Wurzel des Übels konnte nicht durch politische Reformen, nicht durch Zusammenfassung der Menschen zu religiösen Sekten ausgerottet werden. An der Wirtschaft mit der ungerechten Verteilung ihrer Erträge mußte Hand angelegt werden. Die wirtschaftlichen Angelegenheiten mußte das Volk in die eigenen Hände nehmen. Mit jenen assoziierten wirtschaftlichen Gebilden war der Anfang getan. Diese wirtschaftlichen Verbindungen waren die Anfänge der eigentlichen Konsumgenossenschaftsbewegung Englands.

Die britische Konsumgenossenschaftsbewegung wurde in starkem Maße von Gedankengängen des sozialen Reformators, wenn auch sozialistischen Utopisten, Robert Owen, befruchtet — die konsumgenossenschaftlichen Bestrebungen fielen mit den Versuchen Owens zusammen. Robert Owen war ein Mensch mit allen zu findenden guten Charaktereigenschaften. Er sah die Unterdrückung seiner Landsleute, er fühlte mit Erbitterung das immer schwerer werdende Joch, das der Kapitalismus dem Proletariat aufbürdete.

Sein Geist lehnte sich auf gegen die als ewige Ordnung der göttlichen Gerechtigkeit gepriesene Ausbeutung des Proletariats bis auf das nur Lebensnotwendigste, und in seinem Geiste erwuchs der Glaube an ein genossenschaftliches Wirtschaftssystem.

Owen war im Mai 1771 in Newton (Nordwales) geboren. Nachdem er eine kaufmännische Lehre erfahren, war er in Manchester in einer Baumwollspinnerei als Meister angestellt. Als „Selfmademan“ arbeitete er sich bis zum Leiter einer Baumwollspinnerei in New-Lanark empor, wo er mit seinen philanthropischen und sozialen Plänen zu experimentieren begann. Alle seine Versuche und weiteren Pläne gingen von seinem Leitgedanken aus: Der Charakter der Menschen wird durch die Verhältnisse bestimmt, in die sie gestellt werden, gute Lebensverhältnisse bilden gute Menschen. In seinem Betriebe begann er, das Leben der Arbeiter angenehmer zu gestalten. Er arbeitet an dem Persönlichkeitsbewußtsein seiner Arbeiter. Gegen Trunksucht, gegen Unsauberkeit, gegen das Uebereinkommen der kapitalistischen Unternehmer, Kinder von unter zehn Jahren schon in den Fabriken zu beschäftigen, gegen die Herabdrückung des Lohnes, gegen die Arbeitszeit bis zu 17 Stunden richtete sich sein Vorgehen. Er erhöhte das Beschäftigungsalter der Kinder auf das zehnte Lebensjahr, reduzierte die Arbeitszeit auf zehn Stunden, bot den Arbeitern unentgeltlichen Unterricht, unentgeltliche Vergnügungen, einwandfreie und billige Lebensmittel, gute Wohnungen.

Daß sich Owen durch die auf das geistige und leibliche Wohl seiner Arbeiter gerichteten Maßnahmen eine große Zahl von Feinden zuzog, daß seine Teilhaber ihn zu einem Irrsinnigen stempelten, von dem sie getrennt sein wollten, kann nicht wundernehmen. Obgleich Owen die Einwände seiner Mitfabrikanten, er führe durch seine Maßnahmen nur den Ruin herbei, durch erhöhte Gewinn der Fabrik ad absurdum geführt hatte, und er nun seine Mitfabrikanten eifrig auf die Notwendigkeit des Ausbaues seines sozialistischen Planes, erhöhter Lohn, kurze Arbeitszeit usw., überhaupt Pflege der besetzten Maschinen in jeder Beziehung, verwies, fand er bei ihnen keine Gegenliebe und Unterstützung. Er suchte diese darum bei der Regierung. Sie sollte durch Gesetzesmaßnahmen die Lage des arbeitenden Volkes bessern und es unter den Schutz des Staates stellen. Aber auch bei der Regierung begegnete Owen Ohren, die nicht Gutes hören wollten.

Zum letzten Mittel griff Robert Owen darum, zur Bildung von aus der bestehenden Wirtschaftsordnung völlig herausgerissenen, autarken Gebilden, der Communities, Gemeinschaften freiwilliger Genossen, die seine Lehren und Meinungen annahmen und befolgten. Durch diesen Weg wurde Owen vom Sozialisten zum Genossenschaftler.

Dieser Versuch, seine Pläne zu verwirklichen, gab ihm jedoch nicht den Erfolg, weil er u. a. nicht verstanden hatte, was reine Demokratie, worauf sich jede genossenschaftliche Organisation erhält und fortentwickelt, heißt. Absolute Freiheit, vollkommene Bewegungsfreiheit jedes einzelnen führte Owen in seinen Gemeinwesen, seinen Kolonien, ein, wo die relative Freiheit notwendig gewesen wäre. Die absolute Freiheit einzuführen, entsprach völlig seiner Auffassung, daß der Mensch von Geburt gut sei, der Mensch, in gute Verhältnisse gestellt, Pflicht zu erfüllen kenne. Seine Siedlung „New-Harmony“ zeitigte bald den Erfolg, nachdem er selbst nicht mehr die Geschicke dieser Kolonie diktatorisch lenkte, daß die Freiheit mißbraucht wurde. Seine Gemeinschaft, die der Zufluchtsort von durch Darben und Nichtstun entarteten und unzufriedenen Menschen war, die nicht fähig waren, die einfachsten notwendigen Pflichten des gesellschaftlichen Lebens zu erfüllen, trug ihren Namen „New-Harmony“ bald mit Unrecht. Zwietracht, Diebstahl, Vergnügungssucht usw. wurden die die Gemeinschaft zerrüttenen Erscheinungen.

Die Gemeinwesen mußten zugrunde gehen, weil sie auf der absoluten Freiheit des Individualismus aufgebaut, isolierte, mit dem Leben des ganzen Volkes nicht verbundene, künstlich ins Leben gerufene Gebilde waren. Owen erkannte nicht, daß sich allmählich aus der kapitalistischen Wirtschaft Gebilde zum Wohle der Menschen entwickeln können. Daß er die kapitalistische Wirtschaft mit einem Schlage abtun wollte, weil er nicht erkannte, daß das Mittel zur Erreichung einer besseren Wirtschaftsordnung die allmähliche Umgestaltung der bestehenden Verhältnisse aus sich heraus ist, und so autarke, keine Verbindung mit der Gegenwart habende Gemeinwesen, nach seinen Gedankengängen aufgebaut, neben sie stellte, darum war Owen Idealist und Utopist. Mrs. S. Webb sagt in ihrem oben erwähnten Werke:

„Er hatte nicht die Bedeutung der Demokratie begriffen als einer Form der Assoziation, bei der das gesamte Volk ein Leben als Gesamtheit erlangt. — wobei der innere Wille, die Institutionen umzugestalten, dem äußeren Akt der Reform vorhergeht. Unser Owen litt Schiffbruch, weil er nicht Dichter genug war, um zu verstehen, daß alle Dinge, die leben, sich aus sich heraus entwickeln. Er sah wohl das Ziel, aber er verkannte die Mittel. Er trug seiner Zeit keine Rechnung und er unterschätzte die Demokratie — diese wesentliche Bedingung und dieses unerläßliche Werkzeug für eine fortschreitende und bleibende genossenschaftliche Organisation der Gesellschaft.“

Die Konsumgenossenschaftsbewegung ist, obgleich Owens praktische Versuche fehlschlügen und er dem Konsumgenossenschaftsgedanken an sich gar nicht so sehr huldigte, von seinen Experimenten und Lehren stark befruchtet worden. Daß Owen dem Konsumgenossenschaftsgedanken an sich gar nicht gewogen war, ging aus den Meinungsverschiedenheiten zwischen Owen und seinen Jüngern als den Anhängern des Koloniegedankens und den Anhängern des Konsumgenossenschaftsgedankens auf den in den Jahren 1830/32 stattgefundenen Genossenschaftskongressen hervor.

Während der Konsumgenossenschaftsgedanke die absolute Freiheit, d. h. Pflichten nach Belieben zu erfüllen oder nicht zu erfüllen, aber Rechte zu beanspruchen ablehnt, wurden absolute Freiheit und absolute Gleichheit von Owen und seinen Freunden vertreten. Bei der Konsumgenossenschaft heißt es, dem selbstgeschaffenen Gesetz, das die Pflichterfüllung dem Rechtsanspruch voraussetzt und diesen nach jener bemißt, sich unterordnen. — Während Owen mit einem Schlage die gegebenen Verhältnisse ändern und im großen seine Siedlungen plötzlich aufbauen will, läßt der Konsumgenossenschaftsgedanke seine Wirtschaftsgebilde mit den kleinsten Mitteln, die den schwachen Konsumenten bereitstehen, heranwachsen, mit deren Hilfe er allmählich die Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung herbeiführt. — Nicht will die Konsumgenossenschaft fremde Hilfe in Anspruch nehmen, nicht von Staat und Potentaten usw. unterstützt werden, fremde Hilfe verwirft der Konsumgenossenschaftsgedanke. Die Kraft soll sich aus der organisierten Verbraucherschaft durch Dienst am Ganzen selbst erheben. Jedoch bemüht sich Owen immer und immer wieder durch Petitionen an den Staat usw. Unterstützung bei der Errichtung seiner Communities. — Nicht ein „Nieder“ mit allen technischen Errungenschaften, die auch die kapitalistische Wirtschaft zweifellos erdacht (Owen brach mit allen Methoden der kapitalistischen Arbeitsweise), nicht also zu primitiven, alten Methoden kehrt der Konsumgenossenschaftsgedanke zurück. Er will und muß jede Verbesserung der Technik in seinen Dienst stellen, alle neuen, frischen Kräfte heranziehen zu gemeinsamer bester Arbeit im Sinne und zum größten Nutzen der Verbraucher.

In diesen Bahnen hat sich die Konsumgenossenschaftsbewegung auch so hervorragend bis auf den heutigen Tag entwickeln können. Wie auch Owens Auffassungen, Lehren und seine praktischen Versuche waren, sie haben mitgeholfen, dem sich entwickelnden Konsumgenossenschaftsgedanken den rechten Weg zu weisen. Auch Mißerfolge belehren eines Besseren. Wilhelm Lukas.

## Sür die Frauen

### Frau Kluge und die andern ...

Nun war es doch so weit gekommen. Ueber zweihunderttausend Metallarbeiter sahen sich plötzlich aufs Straßenpflaster geworfen und standen nun da, hatten keine Arbeit, keinen Verdienst. — Nichts. Besonders die Unorganisierten schauten sich ganz verduzt an und konnten zuerst gar nicht begreifen, was denn eigentlich vorgehe. Da sie keine Gewerkschaftszeitung und sonstige Arbeiterpresse zu Gesicht bekommen und in ihrer bürgerlichen Zeitung immer nur schmälzige Betrachtungen finden über Verantwortungspflicht und -bewußtsein deutscher Wirtschaftsführung, traf sie diese Aussperrung völlig unerwartet. Zwar die ersten Tage ging es noch. Als aber dann der Restlohn von den letzten Arbeitsschichten auch aufgezehrt war und die herrschsüchtigen Unternehmer immer noch die Betriebe geschlossen hielten, merkten sie erst die Schwere der Situation.

Allmählich drängten sie — fast hätte man schadenfroh werden können — an die Fürsorgestellten der Kommunen heran, bittend, fast bettelnd. Und wie sie jetzt plötzlich schimpfen konnten, besonders die Frauen, auf die Kapitalisten, die Dickwänste, die Volksbetrüger und — täusche ich mich? — sie weinte jetzt gar dabei, drüben die Müller, die mir gegenüber wohnt und immer so aufreizend lachen konnte, wenn man ihr etwas von Organisation oder Arbeiterpresse erzählen wollte.

Man solle ihr vom Leibe bleiben mit Verband und Partei. Bis jetzt hätte noch kein Kapitalist ihren Mann gebissen und verdienen würde er genau wie die anderen. Beiträge zahlen? Ja, wozu denn? Damit die Sekretäre ihre Posten behalten, hä!? Gott, wie müsse man sie für dumm halten, aber man solle sich nichts einbilden, so gerissen wie „die“ sei sie schon lange. Und wie sie das sagte, dieses „die“ und dabei lachte, es war wirklich fast aufreizend. Und nun — ei ei, die Frau Müller? — wie ist das anders geworden! Aber sie tat mir doch leid, obwohl sie kein Mitleid verdiente, jetzt in ihrer Not, weil sie ja selbst schuldig ist daran, daß sie nun so ganz ohne Unterstützung dastand, nur abhängig von der Mildbütigkeit der Gemeinde.

Sie tat mir aber deshalb leid, weil ich hinter ihr all die anderen Zehntausende stehen und weinen sah, die alle vorher den Weg nicht finden konnten zur Organisation und nun, an der Schwelle des Winters — ausgeperrt — nur die hohlwangige Not und Sorge als Gefährten besaßen. Und alle die Frauen und Kinder der Unorganisierten weinten sich durch diese Tage der Aussperrung hindurch und wähten mit den Tränen auch hoffentlich den Schleier weg, der sie vorher immer daran hinderte, ihre eigentliche proletarische Klassensage richtig zu erkennen. Bitter, aber verdient war dieses läche Erwachen. Und allmählich dämmerte ihnen allen, den Unorganisierten und noch mehr ihren Frauen (die ja in den meisten Fällen die Hauptschuld tragen daran, daß die Männer sich um das Opfer des Verbandsbeitrages drücken), was der eigentliche Sinn sein könne, der sich hinter dem herrlichen Wort verbirgt: Klassensozialität! und ganz allmählich dämmerte ihnen auch, was denn dahinter eigentlich stecke, hinter dem Worte: Klassenkampf!

Und — und — man soll es ja eigentlich nicht sagen, aber schaden kann es ja auch nichts — irgend jemand beobachtete das auch alles und freute sich diebstahls über die Frau Müller und alle die übrigen „Müllers“; das heißt aber die jammernden Unorganisierten. Wer dieser schadenfrohe Mensch war? Die Frau Kluge war es, die Nachbarin der Frau Müller, deren Mann Zeitungsbote war im Metallarbeiterverband. Wie hat sie sich nicht oft den Mund fast wund geredet, die Frau Kluge, wenn sie ihrem Manne die Metallarbeiterzeitung austragen haß und dabei auch bei den Frauen der noch unorganisierten Kollegen ihres Mannes für den Verband zu werben versuchte. Und gerade die Frau Kluge war es, die der Müller immer als Zielscheibe für ihre paßigen Reden über Verband und Partei dienen mußte.

Sie hätte sich da manchmal tatsächlich fast geschämt, sagte mir Frau Kluge, und ich solle nur nicht allzuviel Mitleid haben mit „denen“, die würden ja doch nur durch Schaden klug. Und dann ging sie leichten Schrittes und zuversichtlich zum Bureau der Kampfleitung des Metallarbeiterverbandes, um die Verbandsunterstützung für die letzte Woche in Empfang zu nehmen. Fünf- unddreißig Mark erhielt sie ausbezahlt für ihren Mann und ihren ältesten Sohn, die beide Verbandsmitglieder waren und das Geld nicht selbst abholen konnten, weil sie gerade auf Tour waren, um Mitglieder zu werben.

Und wie Frau Kluge zurückkam, da stand Frau Müller immer noch vor ihrerüre und schimpfte mit Tränen in den Augen und ihr Jüngstes zog an ihrer Schürze und verlangte ein Stückchen Brot. Gerade wie Frau Kluge vorüberging, zählte diese nochmals, wie zufällig, ihre 35 Mark, so daß Frau Müller nicht umhin konnte als erstaunt zu fragen, woher sie, um Gotteswillen, so viel Geld hätte. Nie hätte ich gedacht, daß Frau Kluge so heuchlerisch hätte tun können, wie ich das nun beobachtete, als sie fast kindlich-naiv und selbstverständlich der Frau Müller sagte: „Dem Verband, das ist doch die Unterstützung. Aber ich glaube, da seid ihr gar nicht drin, hä!“

Fort war sie, die Frau Müller, die sogar ihr Jüngstes in dieser Situation vergaß und vor der Tür stehen ließ und das immer noch leise weinte: „Hunger — Hunger!“ Kurz entschlossen packte Frau Kluge die Kleine an der Hand und nahm sie in ihre eigene Wohnung mit, aus der das Kind bald wieder heraustrat mit einem Laib Brot in den Armen, gerade, als Frau Müller wieder nach seinem Verbleib forschen wollte. Schon wollte sie in verletztem Stofe das Kind wieder zurückjagen, als drüben aus dem Fenster der Frau Kluge die schönen Liebesworte erklangen: „Der Tugend aller schönste, ist Solidarität!“

Am nächsten Tage erzählte mir dann Frau Kluge, daß Müllers kuriert zu sein schienen, denn „Er“ hätte schon ihrem Manne gesagt, er möge ihm ein Verbandsbuch besorgen. Aber warum würden wohl die Leute nicht von selbst klug werden und immer warten, bis der Schaden da sei? Wären alle Arbeiter einig, dann würden doch die Arbeitgeber gar nicht wagen, sie auszusperrn.

Hoffentlich würden die Unorganisierten nicht warten, bis es auf einmal ganz zu spät sei.

„Hoffentlich — hoffentlich“, sagte ich der tüchtigen Frau Kluge und drückte ihr warm die Hand; „möchten es nur auch die anderen alle so begreifen wie Sie“.

L. 3.-B.

## Landstraßenwärter

**Celle.** In der Versammlung der Chaussee- und Landstraßenwärter des Kreises Celle am 18. November berichtete Kollege Meißner über die Tarifverhandlungen. Er hob besonders die völlige Umstellung der bisherigen Arbeitsmethode hervor. Die Akkordarbeit fällt weg. Sie bleibt nur noch für Steineschlagen und Baustoffe-aufmeßen bestehen. Dadurch tritt selbstverständlich auch in den Einnahmen der Kollegen eine Änderung ein. Durch die Verminderung der Sozialzulagen von 40 Pf. auf 25 Pf. pro Tag für Frau und Kind wird für kinderreiche Familien ebenfalls eine Verminderung der Einnahmen zu verzeichnen sein. Trotzdem sind die neuen Tagelohnsätze so bemessen, daß sie annähernd einen Ausgleich für die bisherige Akkordarbeit bringen. Neu im Tarifvertrag ist die Wärterzulage. Wenn es auch nicht viel ist, so ist doch endlich einmal der Anfang gemacht. — Die Diskussion war sehr lebhaft. Es wurde besonders darauf hingewiesen, daß auch der neue Tarifvertrag Unklarheiten enthält. So § 9 Ziffer 5. Es heißt da:

„Der Dienst beginnt bei Stücklohnarbeit und bei Arbeiten, bei denen die Lohnempfänger zusammengezogen werden, beim Betreten der Arbeitsstelle, sonst beim Betreten der Strecke.“

Dieser Paragraph ist nicht erschöpfend, da nicht angegeben ist, wo die Arbeit endet. Wenn die Arbeit beim Betreten der Strecke beginnt, muß sie auch mit dem Verlassen der Strecke enden. Weiter wurde die Fahrradentschädigung als unvollkommen bezeichnet. Der Dienst erfordert, daß der Wärter auf der eigenen Strecke sehr häufig sein Fahrrad im Dienst der Verwaltung benutzen muß. Es ist ungerecht, daß hierfür keine Entschädigung gezahlt wird. Bei den nächsten Verhandlungen muß versucht werden, die bestehenden Mängel zu beseitigen. Zum Schluß wurde betont, daß, um mehr zu erreichen, auch jeder Wärter Mitglied des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter sein muß.

**Harburg.** Eine gut besuchte Versammlung der Chaussee- und Landstraßenwärter des Kreises Harburg tagte am 21. November. Kollege Meißner erstattete Bericht über den abgeschlossenen Tarifvertrag. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß wohl die Akkordverdienste in Wegfall gekommen sind, aber von den Wegemeistern wird jetzt schon verlangt, daß die Wärter in Tagelohn daselbe leisten müssen wie früher in Akkord. Steineschlagen in Akkord kommt für den Wärter schon längst nicht mehr in Frage. Scharf kritisiert wurde die Eingruppierung von Harburg. Der Kreis wird, von wenigen Orten abgesehen, durch Groß-Hamburg und Harburg beeinflusst. Wenn die Kreise Hannover und Linden Ortsklasse I sind, muß das für Harburg erst recht durchgeführt werden. Der Kreis geht bis zu den Toren Hamburgs. Die Löhne in Hamburg und Harburg stehen wesentlich über den Löhnen in Hannover. Ein Beweis, daß die Lebenshaltung da teurer ist. Die Umgebung wird dadurch ebenfalls stark beeinflusst. Hier muß unbedingt eine Änderung eintreten, und wenn der Arbeitgeberverband nicht will, muß das an den Schiedsstellen durchgefochten werden. Im übrigen wurde die Arbeit der Tarifkommission anerkannt.

**Winsen a. d. Luhe.** In der zahlreich besuchten Versammlung der Kollegenschaft aus dem Kreise Winsen am 21. November berichtete Kollege Meißner ebenfalls über den abgeschlossenen Tarifvertrag. Ein Vorteil im neuen Tarif ist, daß für diese Arbeiten zwischen den vertragschließenden Parteien die Akkordsätze festgesetzt sind. Bisher setzten die Landesbauämter und Wegemeister das rein willkürlich fest. Es ist erklärlich, daß je nach Einstellung dieser Herren die Sätze bemessen wurden. Das kann in Zukunft nicht mehr vorkommen. Für Winsen ist insoweit der Nachteil zu verzeichnen, daß Winsen Ortsklasse III bildet, und alle Kreise der Ortsklasse III haben beim Ausgleich der Löhne für den entgangenen Akkordverdienst am schlechtesten abgeschnitten, da Ortsklasse IV verschwunden ist, und die Kreise der Ortsklasse IV selbstverständlich da einen hohen Sprung machten: Im großen und ganzen dürften aber auch die Kollegen die Ueberzeugung mit nach Hause nehmen, daß die Tarifkommission versucht hat was möglich war, um Härten zu vermeiden. — In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß der Tarifvertrag für manchen zweifellos Verschlechterungen bringt. In erster Linie handelt es sich um diejenigen, die nach dem Tarifvertrag im § 1 unter c) fallen, und zwar schon im § 8 unter Ziffer 2 bei der Gewährung von Auswärtszulagen sind die unter c) genannten Kollegen ausgeschlossen. Ferner im § 14 Dienstkleidung. Im Kreise Winsen liegen die Verhältnisse so, daß es Hilfsarbeiter gibt, die lange Jahre bereits auf einer Strecke bei älteren Wägern beschäftigt werden. Warum man nun diese Hilfsarbeiter mit längeren Dienstjahren hierbei aus-

scheidet, ist unverständlich. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß von den Wegemeistern im Tagelohn dieselbe Arbeitsleistung verlangt wurde wie bisher in Akkord. Etwas derartiges darf es nicht geben. Hiergegen muß mit aller Entschiedenheit Front gemacht werden. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß die Löhne ungenügend sind. Ein Teil der Wärter ist lediglich reiner Saisonarbeiter. In den Sommermonaten verlangt man, daß der Wärter jeden Tag auf seiner Strecke ist. Sobald aber im Winter schärferer Frost einsetzt, und der Wärter auf seiner Strecke keine Möglichkeit hat, Bäume zu schneiden, dann sitzt er oft wochenlang zu Hause. Wenn man also verlangt, daß der Mann im Sommer jeden Tag zur Verfügung stehen muß, so sollte man verlangen, daß auch im Winter Beschäftigung vorhanden sein muß. Bei einigermaßen gutem Willen seitens der Bauverwaltung ist hier sehr wohl die Möglichkeit gegeben, und zwar schon dadurch, daß man dann die betreffenden Kollegen mit Steineschlagen beschäftigt. Ferner wurde verlangt, daß der Kreis Winsen unbedingt in Ortsklasse II eingruppiert werden muß, da kein anderer Kreis so stark wie der Kreis Winsen von Hamburger Händlern überflutet wird. Winsen grenzt in einer erheblichen Ausdehnung an Hamburger Gebiet, und daraus erklärt sich die Tatsache, daß der Kreis jetzt zu den teuersten gehört.

## Aus unserer Bewegung

**Frankfurt a. M.** Unter stärkster Anteilnahme zahlreicher Gäste und der Mitgliedschaft beging am 11. und 17. November dieses Jahres in zwei würdig verlaufenen Veranstaltungen die Filiale ihr 25jähriges Bestehen. Durch Ueberreichung der vom Verbandsvorstand übermittelten Urkunde und von der Filiale herausgegebenen Erinnerungsschrift konnten 41 Jubilare für die 25jährige ununterbrochene Mitgliedschaft geehrt werden. Am 22. März 1903 wurde in einer von dem Kollegen Karl Altvater, Stuttgart, einberufenen Versammlung städtischer Arbeiter die Filiale mit 23 Mitgliedern gegründet. Da es zur damaligen Zeit eine gefährliche Sache war, als Vorstehenden einen Kollegen aus dem Arbeitsverhältnis zu nehmen, wurde der als Beamter bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse angestellte Genosse Ferdinand Scheuermann darum angegangen, das Amt zu übernehmen. Genosse Scheuermann sagte zu, und unter seiner umsichtigen Führung gelang es, die gewaltigen Hindernisse aus dem Wege zu räumen und damit die weitere gedeihliche Entwicklung der jungen Filiale zu führen. Die unermüdete Aufklärungsarbeit der bei der Gründung noch nicht einmal ein Viertelhundert zählenden Mitglieder hat im Laufe der 25 Jahre reiche Früchte getragen. Durch ihr leuchtendes Beispiel haben sie bewiesen, was Ueberzeugungstreue und die Pflege der Solidaritätsgedanken zu leisten imstande sind. Unter Hintansetzung der eigenen Existenz und freiwillige Uebernahme großer persönlicher Opfer wurde in zähester Kleinarbeit von Haus zu Haus, von Mund zu Mund der Gedanke des Zusammenschlusses erfolgreich weiter verbreitet. Heute können alle, die an der Errichtung des Baues und seiner Förderung mitgewirkt haben, mit berechtigtem Stolz und größter Freude auf ihre geleistete Arbeit zurückblicken. Die Filiale, die manchen gefährlichen Ansturm abzuwehren hatte, steht nach innen und außen gesiegt da. Sie hat sich ihre Anerkennung erzwungen. Für das Werk, das die Pioniere im Laufe der 25 Jahre mit großem Opfermut und Hingabe geschaffen haben, sei ihnen gedankt. Wir aber, die wir noch Kraft zum Schaffen und Wirken haben, wollen an dem begonnenen Werke getreulich weiter arbeiten, wie es die Veteranen der Bewegung getan haben. Denen, die ihre Beschäftigung bei den öffentlich-rechtlichen Betrieben und Verwaltungen haben und noch fernstehen, rufen wir darum zu: Kommt zu uns, schließt fester die Reihen und erwerbt die Mitgliedschaft im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

**Neunkirchen (Saar).** In der gutbesuchten Mitgliederversammlung am 19. November gab Kollege Neuschwander den Bericht über die Bezirkskonferenz vom 28. Oktober 1928 in Dudweiler. Kollege Schall referierte dann über den Reichsmanteltarif und über die Verhandlungen mit der Stadtverwaltung wegen Regelung der Fragen der Aischenbeifahrer. Der Wunsch dieser Kollegen war, daß alle alten Kollegen, die vorher bei dieser Arbeit abgelöst waren, wieder in ihre alten Rechte eingesetzt werden sollten. Das ist bis auf zwei Kollegen durch die Verbandsetzung erreicht worden. Ferner die achtstägige Löhnung innerhalb der Betriebe vorzunehmen, obwohl diese der Beigeordnete Baumeister Lössie zugestanden hat, können es einzelne Direktoren noch immer nicht verstehen, Beschlüssen und Anordnungen Folge zu leisten. Es wird Aufgabe der Arbeiterausschüsse sein, dort dem Recht der Arbeiter Geltung zu verschaffen. Den Kollegen der Milchversorgung gab Kollege Schall Zweck und Ziele unserer Organisation bekannt, nahm die Beschwerde der Kollegen entgegen und versprach, für Abhilfe einzutreten. Das Resultat der Versammlung war, daß sämtliche Arbeiter der Milchversorgung in unsere Organisation aufgenommen wurden.

**Halle a. d. Saale.** In der gut besuchten Versammlung der Sektion Gemeindefarbeiter am 20. November 1928 erstattete Kol-

lege Seiler Bericht von der 1. Vertreterversammlung. Bekanntlich war ein Teil unserer Mitglieder Gegner des Delegierten-Systems, da man glaube, daß die Mitgliedschaften ihrer Rechte beraubt würden. Das Gegenteil hat sich herausgestellt. Die Vertreterversammlung konnte für alle Sektionen und Zahlstellen nach gründlicher und sachlicher Arbeit Ersprichliches leisten, so daß auch den wenigen Zweiflern der Einführung der Vertreterversammlung die letzten Gründe fallen werden. Das wirkte sich auch in der Sektionsversammlung der Gemeindearbeiter aus, die von einem guten Geist und sicherem Interesse getragen wurde. Nach Bekanntgabe des Geschäfts- und Kassenberichts vom 3. Quartal referierte Kollege Seiler über die Einführung einer Sterbekasse innerhalb unserer Filiale. Allgemein wurde von der Versammlung diese Sterbekasse begrüßt, um so mehr, weil dann den Kollegen oder deren Angehörigen bei eintretendem Todesfall sofort Mittel zur Verfügung stehen und die Kollegen nicht mehr, wie bisher, auf die Kranzspenden oder Sammellisten in den Betrieben und Verwaltungen angewiesen sind. Kollege Stone sprach dann über den RMC und seine Auswirkungen. Kollege Führt teilte der Versammlung die bisher ergebnislos verlaufenen Verhandlungen der Organisation mit dem Arbeitgeberverband betr. der geforderten Wirtschaftsbeihilfe mit. Die sich daran knüpfende Diskussion beauftragte die Organisation, alles zu versuchen, um der heutigen wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft gerecht zu werden. Bereits am Nachmittag desselben Tages hatte der Gesamtbetriebsrat in einer Sitzung sich ebenfalls mit dieser Frage beschäftigt und folgende Resolution, die auch von der Versammlung einstimmig angenommen wurde, beschlossen:

„Die Sitzung des Gesamtbetriebsrats der städtischen Betriebe und Verwaltungen am 20. November befaßte sich mit der Ablehnung der durch die Organisation geforderten Wirtschaftsbeihilfe. Der Gesamtbetriebsrat kann es nicht verstehen, daß der Arbeitgeberverband diese berechnete Forderung ablehnt. Er betrachtet die dazu gegebene Begründung als eine Verhöhnung der Arbeiterschaft. Abgesehen davon, daß die Kosten für die Lebensunterhaltung geringen sind, entspricht der bei Abschluß des Lohnvertrages festgesetzte Lohn nicht den Bedürfnissen der Arbeiterschaft. In Anbetracht der schweren wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft fordert der Gesamtbetriebsrat die am Lohnvertrag beteiligten Organisationen auf, alles aufzubieten, um diese berechtigten Forderungen durchzuführen.“

## Rundschau

**Der Großgrundbesitz als Staat im Staate!** Die zollpolitischen Debatten lösen jedesmal ein Gefühl des Mißbehagens aus. Hauptsächlich, wenn es um landwirtschaftliche Zölle geht, fragt sich die Arbeiterschaft jedesmal, ob denn die Krautjunker noch nicht genug zusammengescharrt haben. Der kleine Bauer hat bekanntlich keinen Nutzen von den Zöllen, sondern die Nutznießer sind die Großgrundbesitzer. Und so ist es denn auch durchaus verständlich, daß dem Großgrundbesitz die Zölle nicht hoch genug sein können. Aber wer sind die Großgrundbesitzer? Nun, in Deutschland liegen die Dinge heute noch so, daß sich die großen Ländereien fast ausschließlich in den Händen von Fürsten und Grafen, Freiherren und Baronen befinden. Sie sind es, die mit ihren hohen Zollforderungen dem Volke das Brot immer mehr verteuern wollen. Aus der großen Reihe der ganz großen Grundbesitzer hier ein paar Namen. Da ist der Fürst Hohenzollern-Hehringen, dessen Grundbesitz 42 500 Hektar umfaßt. Der Graf Schaffgotsch nennt 31 000 Hektar sein eigen, der Herzog von Ratibor 29 000 Hektar, Graf Arnim-Muskau 28 000 Hektar, Graf Thiele-Winkler 26 000 Hektar, Fürst Solms-Kalldorf 23 500 Hektar. Die Solms muß man sich noch näher ansehen. Es gibt nämlich eine ganze Reihe von dieser Solms-Sorte, die miteinander verschwägert und verschwägert sind. Da ist der Fürst von Solms-Baruth, Grundbesitz 14 000 Hektar, dann der Fürst von Solms-Bräunsfeld mit 2300 Hektar Grundbesitz, ferner Fürst von Solms-Hohensolms mit 1800 Hektar und schließlich noch ein Fürst und Graf von Solms mit zusammen 8400 Hektar Land. Einen Grundbesitz von über 10 000 Hektar besitzen ferner noch Fürst von Stolberg-Wernigerode mit 26 000 Hektar, Herzog von Arenberg mit 27 000 Hektar, Herzog von Sagan mit 24 000 Hektar, Graf Brühl und Graf Arnim-Boitzenburg mit je 22 000 Hektar, Graf Schulerburg, Fürstin Lynar-Redern und Freiherr von Riedesel über je 13 000 Hektar. In Schleswig hat August von Oldenburg 14 000 Hektar Grundbesitz, in Mecklenburg Friedrich Franz von Mecklenburg 10 600 Hektar, Adolf zu Schaumburg-Lippe 10 000 Hektar und Graf von Hahn ebenfalls 10 000 Hektar. Das sind nur die ganz großen Grundbesitzer, zu denen auch Wilhelm II. gehört. Weniger als 10 000 Hektar, aber immerhin noch soviel, daß sie ein großes Haus führen können, besitzen in der Provinz Sachsen Fürst von Schönburg-Waldenburg 8500 Hektar, in der Rhein-

provinz Graf von Walderdorff 2000 Hektar, in Hessen Graf Schütz von Götz 9000 Hektar, Graf Erbach-Fürstenaub 8200 Hektar usw. In Hessen zählt man 20 Großgrundbesitzer mit mehr als 1000 Hektar, in Schleswig-Holstein 43 Großgrundbesitzer, in Mecklenburg-Schwerin etwa 30 und in der Provinz Brandenburg etwa 50. Die Herrschaft Oels, die dem ehemaligen Kronprinzen „gehört“, umfaßt 10 200 Hektar. Und der Mann, der soviel Land besitzt, hat Schulden! Das sind nur einige unter der großen Zahl derer, die nicht laut genug über die Not der Landwirtschaft klagen können. Wie sagte der Junker von Jena bei der Krieger Bauern demonstration? „Ihr müßt lauter schreien, man hört ja gar nichts!“ Und die Bauern haben sich mißbrauchen lassen, sie haben lauter geschrien, aber nicht für sich, sondern für die Landbundführer, für den Großgrundbesitz. Was hier an wenigen Zahlen gezeigt wurde, das ist noch Feudalismus, der beseitigt, der durch den Klassenkampf überwunden werden muß. Die Geschichte lehrt uns, daß die Feudalherren freiwillig nirgends ihre Herrschaft aufgegeben haben. Schritt für Schritt hat der Feudalismus zurückgedrängt werden müssen. Ein Massenbetrug ist in früheren Jahrhunderten an den Bauern verübt worden. Der Bauer wurde von seinem Hofe und von seinem Acker getrieben, er wurde entredet und seines Eigentums beraubt. Auch heute noch werden alle erdenklichen Mittel angewandt, den kleinen Landwirt zu erledigen. Aber das neue Deutschland wird Mittel und Wege finden müssen, die Feudalstaaten zu beseitigen.

**Eine Million Kapital der Demog.** Eine außerordentliche Generalversammlung der Demog, Deutsche Wohnungsfürsorge-Aktiengesellschaft für Beamte, Angestellte und Arbeiter, die am 26. Oktober 1928 im Bundeshaus des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin tagte, beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals von 400 000 Mark auf eine Million Mark. Die neuen Aktien werden zum größten Teil vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Allgemeinen freien Angestelltenbund und Allgemeinen Deutschen Beamtenbund und den ihnen angeschlossenen Verbänden übernommen. Der Rest wird von einigen örtlichen Gewerkschaftsverbänden eingezahlt. Die Konzentration in der Demog-Bewegung ist weiter fortgeschritten. Die Kapitalmehrheit der meisten Lodhiergeellschaften befindet sich jetzt in den Händen der Demog, wodurch die kraftvolle Zusammenfassung aller freigewerkschaftlichen Wohnungsfürsorgeorganisationen möglich wird. In Hamburg und Breslau wurden eigene Zweigstellen errichtet. In Hamburg werden demnächst annähernd 2500 Wohnungen erstellt sein, während in Breslau vorläufig 600 Wohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung geschaffen werden konnten. Die finanzielle Lage der Demog ist weiterhin gut.

### Gewerkschaftskunde in den Berliner Berufs- und Fachschulen.

Die Arbeiterbewegung ist die größte aller bisherigen Kulturbewegungen. Indem die Gewerkschaften die Massen zusammenführen und in großmächtigen Verbänden organisieren, geben sie ihnen zugleich ein über die engeren gewerkschaftlichen Aufgaben hinausweisendes höheres Ziel.“ Mit diesen Worten hat der Vorstand des ADGB seine dem Hamburger Kongress vorgelegte Entschließung zur Frage der Bildungsaufgaben der Gewerkschaften eingeleitet. Er hat damit die Bedeutung der Gewerkschaften für das Gegenwartsleben ins rechte Licht gerückt. Auf den verschiedenen Wegen drängen die freien Gewerkschaften nach dem Zentrum des modernen Gesellschaftslebens vor. Sie sind heute schon ungemein starke und vielseitige Kulturfaktoren geworden. Unbegrenzt verschiedenartig und vielgestaltig sind die Mittel, mit denen die Gewerkschaften im Kulturkreis der Gegenwart wirken. Die große Bedeutung der modernen Gewerkschaftsbewegung drängt auch im Schulleben nach Beachtung und Ausdruck. An solchen wichtigen Kulturfaktoren, wie sie die Gewerkschaften darstellen, darf auch die Gegenwartschule nicht lange mehr achtlos vorübergehen. — Die Berliner Stadtverordneten haben in ihrer 33. Sitzung vom 25. Oktober einen Beschluß gefaßt, der dieses Gebiet berührt und weit über Berlins Grenzen Beachtung und Nachahmung finden sollte. Bei der Beratung eines Antrages, der den Beitritt des Magistrats zur Konsumgenossenschaft Groß-Berlin verlangte, forderte unser Verbandskollege Moldmann im Auftrage der kommunistischen Rathausfraktion, die Stadtverordneten mögen beschließen, dem Magistrat zu empfehlen, eine wöchentliche Lehrstunde in den Berufs- und Fachschulen einzurichten, in der gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Unterricht erteilt wird. Für die Sozialdemokratische Partei befürwortete Stadtverordneter Bublitz diesen Antrag, der dann auch mit den Stimmen der Kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei angenommen wurde. Es liegt nun am Magistrat, der Empfehlung der Stadtverordnetenmehrheit möglichst bald nachzukommen. Wir begrüßen den Beschluß und werden alles tun, um seine Durchführung zu fördern. O. Kpf.

# Die Filiale Chemnitz

sucht zum möglichst **sofortigen Antritt eines zweiten Ortsbeamten.**

Bewerber müssen mindestens 5 Jahre freigeberberuflich, davon 3 Jahre im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisiert sein. Zuschriften sind mit d. Aufschrift „Bewerbung“ unt. Beifügung einer Arbeit über „die Aufgaben eines Gewerkschaftsangestellten unt. besonderer Berücksichtigung der Sozialgesetzgebung“ bis zum 13. Dezember 1928 an die Ortsverwaltung Chemnitz, Zwickauer Str. 152, II, einzureichen.

## Eingegangene Schriften und Bücher

„Protokoll der Verhandlungen des 13. Kongresses der Gewerkschaften in Hamburg.“ Verlags-Gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14, Inselstraße 6a. Organisationspreis geb. 4,50 RM., brosch. 3,75 RM.

Der Kongreß der freien Gewerkschaften, der im September d. J. in Hamburg tagte, hat in der nun schon langen Reihe der deutschen Gewerkschaftskongresse darin seine besondere Bedeutung, daß innerorganisatorische Probleme der Gewerkschaften in seinen Verhandlungen so gut wie gar keine Rolle spielten. Das bedeutet nicht, daß die innerorganisatorische Entwicklung der Gewerkschaften zu einem Stillstand gelangt sind. Im Gegenteil. Fast in keinem Zeitabschnitt zwischen zwei Kongressen ist soviel geleistet worden für die Festigung und Vereinfachung der gewerkschaftlichen Organisationen. Einerseits hat die Zusammenfassungsbewegung innerhalb der Gewerkschaften in den vergangenen drei Jahren zur Bildung größerer und härterer Organisationen geführt, andererseits ist durch die umfassende und sorgfältig durchdachte Verwaltungsreform ein höheres Maß von Einheitlichkeit in der Verwaltung der Organisationen erreicht worden als je zuvor. Eben diese in der Zwischenzeit geleistete Arbeit ermöglicht es dem Kongreß die Front der Gewerkschaften geschlossen den gesellschaftlichen Mächten zuzuwenden, welche die geschichtlichen Gegner der Gewerkschaftsbewegung, die Zentren des Widerstandes gegen die Durchsetzung ihrer staatswirtschaftlichen und kulturpolitischen Ziele sind. Die Fragen, die auf dem Kongreß behandelt wurden, handeln alle in innerem Zusammenhang. Die Referate bieten infolgedessen ein Spiegelbild der Gewerkschaftspolitik unter wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gesichtspunkten. Die Themen aller Referate stammten bereits in dem groß angelegten Bericht des Bundesvorstandes an und wurden dann in den Vorträgen von Raphael über „Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie“, von Hermann Müller über „Die Vereinfachung und Selbstverwaltung in den Einrichtungen der sozialen Gesetzgebung“, von Heßler über „Die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften“, eingehend und mit programmatischer Prägnanz erörtert. Niemand jedoch hat ein Gewerkschaftskongreß das Gesamtproblem der Wirtschaftsdemokratie einer so gründlichen Untersuchung unterzogen, einer Untersuchung, der eine Gemeinschaftsarbeit führender Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung zugrunde lag, deren Ergebnisse bekanntlich in dem Buch „Wirtschaftsdemokratie, ihr Wesen, Weg und Ziel“ dem Kongreß vorgelegt wurde. Die Bestimmung des geschichtlichen Standortes der Gewerkschaftsbewegung ist jeweils die Voraussetzung sowohl für die Erkenntnis der Widerstände, mit denen sie zu rechnen haben, wie für die Aufstellung von Gegenwartsforderungen, die einer realpolitischen Prüfung standhalten. Die politischen Forderungen, zu denen der Kongreß gekommen ist, sind alles andere als nur Resolutionen auf lange Sicht. Sie sind wegweisende Beschlüsse für heute und morgen. Was für die Gesamtorganisation der Gewerkschaftsbewegung gilt, gilt in mindestens gleichem Grade für die Einzelorganisation des Kongresses zu der organisatorischen Vereinfachung und Zusammenfassung der Sozialversicherung, die in ihrer heutigen Gestalt alles hat die Folge ihres Ursprungs trägt, der in eine längst vergangene Zeit zurückreicht. Die Forderungen der Gewerkschaften zum Bildungsweesen sind nicht nur Forderungen, die sie an sich selbst für den Ausbau der innergewerkschaftlichen Bildungsbereitschaft zu stellen haben, sie sind vor allem Forderungen an den Staat. Ihr Bekenntnis zum Staat, dessen Rechte sie nicht geschaffen haben, ist nicht nur eine Bekräftigung ihres Willens, ihn gegen seine innerpolitischen Gegner zu verteidigen, es umschließt auch die Forderung, daß der Staat sich zu ihren Zielen bekennet. Das bildungspolitische Programm, dessen Durchführung sie von der deutschen Republik verlangen, ist die tatsächliche Konsequenz der Rechte, die das neue Deutschland den Gewerkschaften gegeben, der Aufgaben, mit denen es sie betraut hat. Das Protokoll des Kongresses, das jetzt bei der Verlagsgesellschaft des A.D.G.B. erschienen ist, hat daher Anspruch auf das Interesse aller, die sich an verantwortlicher Stelle mit den Fragen der deutschen Gewerkschafts-, Sozial- und Kulturpolitik beschäftigen, weit über die Kreise der Gewerkschaftsbewegung hinaus. Es ist für die Funktionäre der Gewerkschaftsbewegung ein unentbehrlicher Führer. Aber auch die Wirtschaftspolitiker gemeineren Einkommens werden aus dem Kongreßbericht erfahren, wie lebendig und zukunftsfähig der „organisierte Kampf“ der Gewerkschaften ist. Evident aber werden welche Kreise der Volks- und Berufsschulweesen bei der Bekämpfung des Verfalls erkennen, daß sie für die freibetriebliche Gestaltung, den inneren Ausbau und die klare Gliederung des Volks- und Berufsschulweesens auf die harte Hilfe der deutschen Gewerkschaften rechnen können.

**Die Fürstenschädigung.** Das Problem der Vermögensauseinanderziehung mit den ehemaligen Fürstentümern. Von Dr. Theodor Günther. Band 1 der Beiträge zur Finanzkunde. Veröffentlichungen aus dem Budgetarchiv der Universität Leipzig, herausgegeben von Prof. Dr. phil. Bruno Noll und Dr. rer. pol. Felix Boesler. Broschiert 8 Mk. Akademische Verlagsgesellschaft m. b. H., Leipzig.

Zahrelang war die Fürstenschädigungsfrage eine der bestigtesten politischen Zentralfragen Deutschlands. Sie hat heute auch nicht mehr im gleichen Maße aktuell — die noch offene Frage der Entschädigung der Landesherren ist ja nur ein kleiner Auschnitt aus dem Gesamtkomplex — so ist doch nun endlich die Zeit gekommen, die Argumente der verschiedenen streitenden Parteien, die Stärke ihrer Machtpositionen und die Wertgröße der Objekte, um die es in diesem Streite ging, ruhig abwägend festzustellen und wissenschaftlich — objektiv zu ordnen. Günther tut dies als erster auf eine ganz umfassende Weise, gestützt auf ein außerordentlich umfangreiches, dem Laien sonst weder zugänglich noch ohne weiteres verständliches Material; ein großer Teil des Materials, dem der Verfasser bis in die feinsten Verästelungen nachgespürt hat, ist für die Öffentlichkeit überhaupt neu. Die Untersuchung Günthers ist jedoch nicht etwa nur eine Materialsammlung. Auch den hinter den Dingen liegenden Problemen geht er mit dem Ritzens der modernen Finanzwissenschaft zu Leibe. Er stellt dabei die Erscheinung der Verwertung der Vermögensobjekte in der politischen und rechtlichen Vergangenheit der Notwendigkeit der Regelung dieser Besitzverhältnisse unter Betonung der politischen und finanziellen Gegenwartsituationen gegenüber. Er zeigt, daß mit der einseitig aus der Rechtsgeschichte abgeleiteten Fragestellung das Problem nicht zu lösen ist, sondern daß dies nur aus dem Geist der Gegenwart heraus möglich ist. Trotzdem ist die Arbeit Dr. Günthers nicht frei von Tendenz. In „Vorwort“ und „Einleitung“ greift er etwas viel über den Kampf, der um die Auseinanderziehung mit den Fürsten geführt worden ist.

**Odysseus. Irrfahrten und Heimkehr des Helden Odysseus.** Von K. Meier-Lemgo. 188 S. mit 4 ganzseitigen Bildern. Ganzleimwand 6 Mk.

Odysseus — sie konnte einem durch fast zu reichlichen Schulgebrauch verleidet werden, dann haben sich viele Unberufene an die Bearbeitung gemacht. Aber auf einmal ist doch eine Gegenwarts-Ausgabe da, ein ganz gelungener Versuch des Jugendchriftstellers des Kosmosverlages Meier-Lemgo, der den Stoff mit modernen Mitteln in natürlicher Rede neu gestaltet hat. Hier ist Odysseus wieder der kluge und lauterkundige Abenteurer, der er den Griechen war. Penelope und Nausikaa, Telemach und der göttliche Sausim, sie alle sind lebendige Menschen und keine in hohem Pathos redenden Puppen. Trotzdem, der hohe Gedanke bester durchaus in keinem Teil des Buches.

## Salamander Fußarzt

für empfindliche Füße  
Der Schuh für Eisenbahner  
Gepäckträger und Arbeiter



**Salamander**

